



Die Grünen Niederösterreich

WAHLPROGRAMM

LTW23

INHALTSVERZEICHNIS

1.	KLIMA RETTEN FÜR MORGEN.....	3
1.1.	Klimaschutzmaßnahmen und CO2-Reduktion.....	3
1.2.	Klimawandelanpassungsmaßnahmen	4
2.	LEISTBARE ENERGIE FÜR MORGEN.....	5
2.1.	Energieversorgung.....	5
2.2.	Erneuerbare Energie.....	6
3.	BODEN SCHÜTZEN FÜR MORGEN.....	8
4.	MODERNE MOBILITÄT FÜR MORGEN.....	10
4.1.	Öffentlicher Verkehr	10
4.2.	Tickets.....	11
4.3.	Rad- und Fußwege	12
4.4.	Straßen	12
4.5.	Flugverkehr	13
5.	NATURSCHUTZ, ARTENSCHUTZ UND BIODIVERSITÄT FÜR MORGEN	15
6.	TIERE SCHÜTZEN FÜR MORGEN	16
7.	LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT FÜR MORGEN.....	18
8.	WIRTSCHAFT UND TOURISMUS, KREISLAUFWIRTSCHAFT UND GREEN JOBS FÜR MORGEN	20
9.	ARBEITSWELT FÜR MORGEN	22
10.	LEISTBARES LEBEN UND FÜREINANDER FÜR MORGEN	23
11.	GESUNDHEIT UND PFLEGE FÜR MORGEN	25
11.1.	Gesundheit	25
11.2.	Pflege	26
12.	FRAUENPOLITIK FÜR MORGEN	27
13.	NICHTDISKRIMINIERUNG FÜR MORGEN	28
14.	INKLUSION FÜR MORGEN.....	28
15.	KINDER UND JUGEND FÜR MORGEN.....	30
16.	FAMILIE FÜR MORGEN	32
17.	BILDUNG FÜR MORGEN.....	33
17.1.	Kindergarten	33
17.2.	Schulen	34
17.3.	Lehre	34
17.4.	Universitäten & Fachhochschulen (FH)	35
18.	KULTUR UND SPORT FÜR MORGEN.....	36
18.1.	Kunst & Kultur.....	36
18.2.	Sport	36
19.	VERTREIBUNG & INTEGRATION UND EUROPA FÜR MORGEN.....	37
19.1.	Vertreibung & Integration	37

19.2.	Europapolitik.....	37
20.	DIGITALISIERUNG FÜR MORGEN	39
21.	KONTROLLE & FINANZEN FÜR MORGEN	40
21.1.	Kontrolle	40
21.2.	Finanzen.....	40

1. KLIMA RETTEN FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Wenn wir das Klima gerettet haben, haben wir als Gesellschaft die größte Herausforderung gemeinsam gemeistert. Dies ist dann gelungen, wenn sich jede Region auf der Welt verantwortlich fühlt und endlich auch unser Heimatland. Auch das Niederösterreich von morgen blickt dann zurück auf einen ambitionierten Klimapfad und die Einhaltung des eigenen CO₂-Budgets. Dieser gemeinsame, große Erfolg ist spürbar: Die Niederschlagsmengen übers Jahr haben sich für eine gute landwirtschaftliche Produktion eingependelt und die Grundwasserspiegel sind stabil. Und wer noch mehr Tropennächte möchte, muss in die Tropen fahren. So manche Fruchtfolge hat sich auf dem Feld geändert, aber Dank der Vielfalt haben wir von Wein bis Gemüse ausreichend angepasste Sorten. Dass das globale Ziel von 1,5 Grad plus eingehalten wird, ist noch eine Steilvorlage, aber mit dem erklärten Ziel, jede Tonne CO₂ in Niederösterreich zu prüfen, hat sich Niederösterreich zum europäischen Role-Model gewandelt.

Die Klimakrise ist die größte Herausforderung dieser Zeit und wir sind die letzte Generation, die unsere Zivilisation auf diesem Planeten retten kann.

Jahr für Jahr messen wir Rekordtemperaturen, während Naturkatastrophen an Häufigkeit und Intensität zunehmen. Das führt zu menschlichem Leid, der Zerstörung ganzer Ökosysteme, und die Steigerung der Kosten ins Unermessliche. Das Klima betrifft den Bauern im Weinviertel in Form von Wassermangel genauso wie die Bäuerin in Asien bei Starkregen. Ein globales Ereignis kann nur von allen auf der Welt gelöst werden.

Den Regierungsparteien in Niederösterreich, allen voran der ÖVP neben SPÖ und FPÖ, fehlt bei diesem Thema jede Glaubwürdigkeit. Klimapolitik wird von der ÖVP seit Jahrzehnten als Orchideenthema betrachtet. Das Nichtstun kostet Strafzahlungen in Milliardenhöhe für die Nichteinhaltung internationaler Abkommen. Insofern zahlen wir im Land alle doppelt drauf: Klimaschäden im Land und Strafzahlungen. Die Regierungsparteien haben ihre Glaubwürdigkeit verspielt.

Es liegt an dem Zuspruch am 29. Jänner und der damit einhergehenden Stärke Grüner Politik, dass Klimapolitik endlich zum Top-Thema werden kann. Eine neue, erstarkte Zivilgesellschaft von jung bis alt wirkt bereits heute in den Regionen. Wir wollen für morgen mit diesen Menschen politische Wirkung entfalten können. Wir wollen endlich Verantwortung übernehmen dürfen, um Antworten geben zu können.

Heute mutig für morgen!

1.1. *Klimaschutzmaßnahmen und CO₂-Reduktion*

Der jüngste Bericht des Weltklimarates (IPCC) sagt es einmal mehr ganz deutlich: Die Klimakrise verläuft schneller und folgenschwerer als befürchtet. Beim Klimaschutz handelt es sich um Maßnahmen zur Eindämmung der menschengemachten globalen Erwärmung durch die Verringerung des Ausstoßes von klimaschädlichen Treibhausgasen wie Kohlendioxid (CO₂) oder Methan (CH₄). Dazu zählen technische Maßnahmen wie die Erhöhung von Energieeffizienz oder der Ersatz von fossilen Energieträgern (Kohle, Gas) durch erneuerbare Energien (Sonne, Wind). Ohne systemischen Wandel und ohne tiefgreifende Maßnahmen ist das 1,5-Grad-Ziel aber nicht mehr erreichbar. Obwohl in den vergangenen Jahren einiges im Klimaschutz passiert ist, sind die Lücken nach wie vor viel zu groß. Maßnahmen werden vor allem zu langsam umgesetzt. In Niederösterreich wurde das Klimaziel nicht erreicht. Minus vier Prozent CO₂ in den letzten 30 Jahren bei einer gesteigerten Pro-Kopf-Quote ist das beschämende Ergebnis. Das auf Basis der Pariser Klimaziele für Niederösterreich zugeteilte CO₂-Kontingent ist ohne wirksame Maßnahmen in circa 5 Jahren aufgebraucht.

Die Folgen sind deutlich zu spüren und täglich präsent: extreme Hitze in den Gemeindezentren, Trockenheit wie im Weinviertel, Stürme wie im Waldviertel, zurückgehende Wasserspiegel wie in der Mitterndorfer Senke, Hochwässer, Waldsterben, Artensterben. Und was wir in Niederösterreich spüren: Die Wetterereignisse werden immer kleinräumiger. In Niederösterreich wurde schon sehr viel Geld für Klimaschäden ausgegeben.

Damit wir die notwendigen Ziele erreichen, braucht es Maßnahmen in sämtlichen Bereichen. Klimaschutzmaßnahmen dürfen dabei nicht als Belastung verstanden werden, im Gegenteil: Sie sind ein wichtiger Schritt hin zu mehr Lebensqualität und wirtschaftlicher Sicherheit. Wichtig ist dabei auch zu erwähnen, dass einkommensschwächere Menschen im Rahmen eines fairen Übergangs (Just Transition) zusätzlich finanzielle Unterstützung finden – niemand wird zurückgelassen!

Der Kampf gegen die Klimakrise ist das oberste Anliegen der Grünen NÖ.

Heute mutig für morgen – einige Notwendigkeiten:

- 1. NÖ Klimagesetz mit verbindlichem CO₂-Budget und Programm für alle Sektoren mit dem Ziel, 2040 klimaneutral zu sein.
- CO₂-Bepreisung und das ökosoziale Steuersystem sind die wirksamsten Treiber auf Bundesebene gegen die Klimakrise. Ausnutzen aller Lenkungsmaßnahmen bei Landesabgaben – zum Beispiel die Anhebung der Landschaftsabgabe (Schotter-Euro).
- Abschaffung aller CO₂-treibenden Förderungen.
- Ausschreibungen und Beschaffungen auf CO₂-Reduktion ausrichten.
- Wirtschaftsförderung für Umstieg auf erneuerbare Energien.
- NÖ Klimarat einsetzen.
- Bekenntnis gegen Fracking in Niederösterreich zur Gewinnung von Schiefergas.

Für das Niederösterreich von morgen braucht es mutige Klimamaßnahmen, weil eine Fortschreibung der aktuellen Politik Natur und Mensch gefährdet.

1.2. *Klimawandelanpassungsmaßnahmen*

Das Klima ändert sich weltweit. Und mit ihm ändern sich auch die Lebensbedingungen der Menschen in Niederösterreich. Der heißeste Oktober seit Temperaturaufzeichnung ist von uns gemacht und Signal der Klimakrise. Selbst wenn das 1,5-Grad-Ziel erreicht wird, werden Folgen des Klimawandels auftreten, an die wir uns anpassen müssen.

Bei der Klimawandelanpassung handelt es sich um Maßnahmen zur Anpassung an die sich durch den Klimawandel verändernden klimatischen Bedingungen. Dazu zählen Maßnahmen zur Begrünung und Verschattung, zum Bodenschutz, zur Bewässerung und Entwässerung, aber auch zum Aufbau von Monitoring- und Warnsystemen.

Eine verantwortungsvolle und glaubwürdige Klimapolitik baut deshalb auf zwei Säulen auf:

1. Die Vermeidung von Treibhausgasen und
2. die Anpassung an die Folgen des Klimawandels, die schon heute nicht mehr zu vermeiden sind!

Heute mutig für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Niederschläge in den Regionen rückhalten
- Förderprogramme für Entsiegeln und Begrünen auf Gemeindeebene („Schwamm-Prinzip“)
- Hochwasserschutz – vor allem Renaturierung der Flüsse
- Klimafitte Wälder und Stadtbäume
- Klimafitte Sorten in der Landwirtschaft

Für das Niederösterreich von morgen braucht es Anpassungen an die Auswirkungen der Klimakrise, weil sich Gegebenheiten bei 1,5 Grad plus bleibend ändern.

2. LEISTBARE ENERGIE FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Wenn wir heute alles unternehmen, um erneuerbare Energien wie Windkraft und Photovoltaik zusammen mit Speicherlösungen im Land zu ermöglichen, haben wir im Niederösterreich von morgen ausreichend leistbare Energie. Bei Wasserkraft und Biomasse haben wir die Potenziale achtsam ausgenützt. Entscheidend ist die Neuordnung des Energiemarktes. Der neoliberale Geist wurde mit viel Kraft eingefangen. Rein die Versorgung ohne Öl und Gas hat sich insbesondere bei den niedrigen Einkommen doppelt ausgezahlt. Die Stromnetzte im Land sind für den weiteren Ausbau gerüstet. Auf jedem tragfähigen Dach befindet sich ein Sonnenkraftwerk. Neue Green Jobs konnten geschaffen werden, Industrie-Arbeitsplätze konnten durch enorme Anstrengungen gehalten werden: Grünes Gas kommt nur noch dort zum Einsatz, wo es prozessbedingt keinen Ersatz gibt. Da die Sonne keine Rechnung schickt und der Wind auch nichts kostet, ist mit der neuen Kostenwahrheit auf CO₂-Basis Energie dauerhaft leistbar und stabil verfügbar. Niederösterreich hat seinen Beitrag zur ökosozialen Gesellschaft geleistet: Jede Kraft im Land wird zu Energie gemacht!

2.1. *Energieversorgung*

Die Energiewende ist ein dringend notwendiger Schritt, damit Österreich seine Klimaziele erreichen kann, zu denen es ein Bekenntnis im Pariser Klimaübereinkommen und auch im Regierungsprogramm gibt. Indem wir fossile Brennstoffe wie Öl und Gas sowohl bei der Wärme- als auch der Stromversorgung hinter uns lassen (= Dekarbonisierung), reduzieren wir die Emissionen sukzessive und schaffen in zwei Jahrzehnten ein nachhaltiges und klimaneutrales Österreich. Durch den Umstieg auf erneuerbare Energien werden wir unabhängiger in unserer Energieversorgung. Wir sorgen dafür, dass dieser Wandel rasch, effizient und vor allem auch sozial gerecht geschieht.

Derzeit verbrauchen wir in NÖ über 63,2 Milliarden Kilowattstunden (kWh) an Energie. Rund 26 % dieser Energie benötigen die niederösterreichischen Haushalte (ohne Mobilität), rund 38 % wird für die Mobilität (Autos, Flugzeuge, Bahn) und 36 % für die Produktion und Sonstiges (Industrie, Gewerbe, ...) verwendet. Noch immer stammen zwei Drittel der Energie aus fossiler Energie, also Öl und Gas. Damit ist ersichtlich, wie groß die Anstrengung sein muss. Öl und Gas sollen vorübergehend nur noch dort zum Einsatz kommen, wo es noch keine höhere Energiedichte als Alternative gibt. Im Wohnbereich muss umgerüstet werden, und zwar so, dass es ausreichend Anreize gibt, vor allem im großvolumigen Wohnbau. Rund 10 Prozent heizen noch mit Öl. In der Ostregion herrscht Gas als Energielieferant vor. In Niederösterreich trifft es mehr als ein Drittel der Haushalte. Bis 2040 wird die Gastherme der Vergangenheit angehören. Die Alternativen sind bereits da, allen voran hocheffiziente Wärmepumpen, die immer besser auch in Altbauten einsatzbereit sind.

Neben dem Wärmesektor ist die Dekarbonisierung der heimischen Stromversorgung ein zentrales Ziel, um Österreichs Fußabdruck nachhaltig zu verkleinern. Bis 2030 soll daher der Strombedarf zu 100 Prozent durch erneuerbare Energien gedeckt werden. In Niederösterreich wird seit 2015 von der ÖVP davon gesprochen, dass man bereits 100 % Ökostrom hätte. Das hält leider keinem Faktencheck stand. Es sind effektiv nur etwas über 90 %. Mit dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz werden ab 2021 auf Bundesebene wichtige Rahmenbedingungen geschaffen und jährlich eine Milliarde in die Energiewende in diesem Bereich investiert. Wir möchten vom Nachzügler zum internationalen Vorbild werden und zeigen, wie eine nachhaltige und klimafreundliche Energieversorgung funktionieren kann.

Wenn mehr Strom produziert wird, dann braucht es stärkere und stabile Netze. In den letzten Jahrzehnten wurde zu wenig investiert und von den Netzbetreibern wie der EVN AG wurde das als Grund gegen die Energiewende ins Treffen geführt: Die Netze halten mehr Ökostrom nicht Stand. Die

Landespolitik hat dem zu wenig Beachtung gegeben, obwohl die EVN AG zu 51 % in Landeshand ist. Leider ist die Netz NÖ GmbH Teil der Aktiengesellschaft und der ÖVP war die Dividende der Aktien näher als die Zukunft der Netze.

Oft herrscht die Meinung vor, dass der Bund für die erneuerbaren Energien zuständig sei. Das stimmt, wenn es um Tarife und Regulative geht. Wo aber ein Windrad errichtet werden darf, ob und wie es eine Agri-Photovoltaik gibt oder welche Hemmnisse es für Photovoltaik auf den Dächern gibt, dafür sind Landesgesetze zuständig.

In Niederösterreich hat die ÖVP solange sie konnte Photovoltaik selbst auf Deponieflächen und schlecht zu bewirtschaftendem Grünland verhindert. Windräder wurden nur in Sonntagsreden abgefeiert, während man mit Zonen und Mitbestimmung der Gemeinden viele Hürden einbaute, um Windräder zu verunmöglichen. Niederösterreich tut seit jeher zu wenig für die Energiewende in Österreich.

2011 wurde der Energiefahrplan für Niederösterreich einstimmig im Landtag beschlossen. Dabei sind 7.000 GWh Windkraft und 2.000 GWh Sonnenenergie bis 2030 vorgesehen. 2019 hat die ÖVP sehr dreist dieselben Energieziele wieder in den Landtag gebracht. Aufgrund der Bundesvorgaben des EAG und des Widerstands der Grünen und der Interessensverbände musste die ÖVP kurz vor der Landtagswahl klein begeben und erhöht die Ziele – wenn auch minimal – auf 8.000 GWh bzw. 3.000 GWh. Während Europa aufgrund des Angriffskrieges in der Ukraine in eine Energiekrise gezogen wird, hat sich die ÖVP als wenig krisenstabil gezeigt. Zwei Jahre hat es gedauert, bis der neue Zonenplan für Großflächen-Photovoltaik als Verordnung aufgelegt wurde. Die Versäumnisse der Vergangenheit im Bereich Energieziele und Raumplanung holen das Land leider ein.

Mit der durch den Krieg ausgelösten Gas- und Stromkrise kann beobachtet werden, dass BürgerInnen bereit zum Ausstieg aus Gas sind. Während die Förderungen vor allem bundesseits gut dotiert sind, reicht es bei Haushalten mit wenig frei verfügbarem Kapital derzeit nicht. Um jeden Haushalt den Umstieg zu ermöglichen, soll die NÖ Wohnbauförderung mit einer Sonderförderung einspringen. Die Sonderförderung betrifft nur die Energiebereitstellung.

Energieversorgung für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Netzinfrastruktur zu 100 % in Landeseigentum statt einer GmbH in der Aktiengesellschaft EVN
- Ausbau der Netze, um eine leistungsstarke Infrastruktur für morgen zu schaffen
- Sonderförderung für Ausstieg aus Gas und Öl: 100 % Vorauszahlung mit günstigem 1%-Zins für alle, die nicht genügend Kapital für den Umstieg aufbringen können

Für ein Niederösterreich von morgen braucht es ein leistungsfähiges Netz, das den Niederösterreicher*innen 100 % Selbstbestimmung gibt.

2.2. Erneuerbare Energie

Um den Umstieg zu erneuerbaren Energien voranzutreiben, haben die Grünen im Bund das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) geschaffen. Das Ziel, bis 2030 100 % Strom aus Erneuerbaren zu erzeugen, wird mit 1 Milliarde jährlich für den Ausbau unterstützt.

Insgesamt soll es bis 2030 einen Zubau von 27 TWh Erneuerbaren geben, darunter 10 TWh Windkraft, 11 TWh Photovoltaik, 5 TWh Wasserkraft und 1TWh Biomasse.

Das aus 2014 stammende sektorale Raumordnungsprogramm Windkraft (Verordnung der NÖ Landesregierung) weist lediglich Zonen im Ausmaß von 1,5 % der Landesfläche für Windkraftnutzung aus – auf 98,5 % der Landesfläche herrscht damit ein absolutes Verbot, Windkraftanlagen zu errichten! Da hier aber zusätzlich eine Widmung und somit Freigabe der Gemeinde notwendig ist, werden selbst diese wenigen Zonen nicht vollständig genutzt. Zwischen 2015 und 2020 war die Windkraft in

Niederösterreich im Sinkflug. IG-Windkraft und die Energie-Agentur sprechen von einem Bedarf von 333 tatsächlich neuen Anlagen, um die EAG-Ziele zu erreichen. 2021 wurden lediglich 20 Windräder in NÖ errichtet, 2022 voraussichtlich 38. Derzeit tun sich die Windkraftprojekte selbst in ausgewiesenen Zonen sehr schwer, überhaupt eine Genehmigung zu erwirken. Die Genehmigungen dauern in Niederösterreich bis zu vier Jahre, weil es zu wenig Personal und zu wenig politischen Willen gibt.

Die Niederösterreicher*innen bekennen sich zur Windkraft. Die Windräder geben der überwiegenden Mehrheit Sicherheit. Energiewende passiert eben dort, wo wir sie sehen.

Nicht im selben, aber in einer anderen Ausprägung gilt dies auch für Photovoltaik. Denkmalschutz und Schutzzonen dürfen nicht im Weg stehen. Und weil selbst alle Dächer und versiegelten Flächen nicht ausreichen, sind auch Anlagen im Grünland zu forcieren. Einigkeit herrscht darüber, dass Böden mit hoher Bonität für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht zu verwenden sind. Die ÖVP hat sich zwei Jahre Zeit gelassen, um die verordneten Zonen im Grünland zu präsentieren. Diese Zeit wurde aber nicht für nachvollziehbare Entscheidungen genutzt. Von Gemeinden genannte Flächen wurden nicht berücksichtigt. Andere Flächen mit hoher Bodenbonität sind hingegen im ÖVP-Plan enthalten. Flächen rund um Windkraftanlagen, die bereits gut ans Stromnetz angeschlossen sind, dürfen nicht bebaut werden. So blieben von den 30.000 Hektar lediglich 1.300 Hektar übrig.

Ziel des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes, das die Grünen in der Bundesregierung gestaltet haben, ist ein Plus an 10 TWh Photovoltaik bis 2030. Dafür werden sowohl Investitionsförderungen für den Anlagenbau wie auch Marktförderungsprämien für eine mögliche Einspeisung vergeben. Völlig neu ist auch eine Förderschiene für innovative Photovoltaik-Anlagen. Das sind etwa PV-Module, die in ein Gebäude integriert werden oder auf Lärmschutzwänden angebracht werden. In diese Kategorie fallen auch Agri-PV-Anlagen, das ist die Nutzung von Photovoltaik gemeinsam mit Landwirtschaft. Für innovative Anlagen gibt es automatisch 30 Prozent mehr Förderung.

Österreich gehört mit der neuen Förderung und mit den ambitionierten Zielen zu den absoluten Vorreitern bei der Energiewende. Mutig und ambitioniert handelt die ÖVP in Niederösterreich leider nicht.

Auch bei den Zielen für den Photovoltaik-Ausbau hat das Land NÖ seine Ziele bereits 2011 festgelegt und erst kurz vor der Wahl im Oktober 2022 minimal von 2.000 auf 3.000 GWh Sonnenstrom bis 2030 erhöht.

Für Photovoltaik auf Neubauten über 300 m² gibt es seit 1. Juli 2021 lediglich die Pflicht, die Hälfte des Daches so tragfähig zu gestalten, dass PV-Anlagen möglich sind. Es gibt keine Nachrüstungsverpflichtung und auch keine echte PV-Pflicht für Neubauten.

Erneuerbare Energie für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Das sektorale Raumordnungsprogramm für Windkraft evaluieren und den Bedingungen der Zeit anpassen: qualitative und quantitative Änderung.
- Vereinfachung des behördlichen Genehmigungsverfahrens bei Repowering von Windkraftanlagen mit heute üblichen Maschinengrößen. Kein neuerliches aufwendiges Verfahren für den gleichen Standort.
- Mehr Personal im Amt der NÖ Landesregierung zur raschen Durchführung von Verfahren bei neuen Windkraftprojekten
- Nachrüsten mit Photovoltaik innerhalb einer Frist auf jedem Dach (so statisch und technisch machbar)
- Verordnung sektorales Raumordnungsprogramm über Photovoltaik überarbeiten, sowohl qualitativ (Flächen ändern) als auch quantitativ

Für ein Niederösterreich von morgen braucht es ausreichend Flächen für Windkraft und Photovoltaik.

3. BODEN SCHÜTZEN FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Wenn wir den Flächenfraß endlich eingedämmt haben, tragen die weiten Flächen im Niederösterreich von morgen sogar positiv zum Klima bei, indem der Hitze entgegengewirkt wird und Niederschläge wie ein Schwamm aufgenommen und gespeichert werden. Es konnten sogar Betriebsgebiete entsiegelt werden. Die Grundwasserpegel haben sich wieder erhöht und sind stabil. Die Programme für Städte und Gemeinden wirken, sodass es keine Parkplätze ohne Baum und Grün gibt. Lenkungseffekte zu Sanierung von Wohnraum greifen und Gemeinden werden weniger zersiedelt. Wir haben uns die Räume so gestaltet, dass wir kürzere Wege brauchen. Leerstände bei Gewerbe gibt es fast keine mehr. Niederösterreich ist ein weites Land und dennoch wird mit jedem Hektar Boden achtsam umgegangen!

Gemäß dem Programm der Bundesregierung 2020-2024 soll die Flächeninanspruchnahme so gering wie möglich gehalten werden und der jährliche Zuwachs bis 2030 auf 2,5 ha pro Tag bzw. 9 km² pro Jahr sinken. Damit man ein Bild hat: Jedes Jahr wird die Fläche von Eisenstadt (40 km²) verbaut und geht damit unwiderruflich für Natur und Landwirtschaft verloren. Täglich sind das mehr als 11 ha. Wie in anderen politischen Themenfeldern gilt auch hier: Der Bund kann Ziele vorgeben, aber ohne die Ländergesetze läuft niemand durch das Ziel. Dreh- und Angelpunkt ist das Raumordnungsgesetz.

Fruchtbare Böden sind die Grundlage für unsere Nahrungsproduktion. Gesunde Böden gewährleisten sauberes Trinkwasser, sind Lebensraum für die Artenvielfalt und bieten Schutz vor Überschwemmungen und Hochwasser. Das Erbe der vergangenen Jahrzehnte ist eine Last: Zu viele und zu große Gewerbegebiete haben die Gemeinden gewidmet. Dies hängt auch mit der Kommunalsteuer als Gemeindeabgabe zusammen, die auf die Lohnsumme eingehoben wird. Für Rückwidmungen sollen Gemeinden einen NÖ Bodenfonds als Anlaufstelle erhalten. Und für Leerstände soll es eine Abgabe geben.

Überhitzung ist vor allem im städtischen Bereich ein Problem, wo Beton und Asphalt das Klima noch mehr anheizen. Bodentemperaturen über 50 Grad Celsius sind keine Seltenheit mehr. Daher brauchen die Gemeinden Instrumente in der Raum- und Bauordnung, um ein erträgliches Mikroklima in den Kommunen schaffen zu können. Dort, wo es möglich ist, müssen Parks oder Grüninseln mit Baumbeschattung als Zufluchtsort geschaffen werden, auch Rückbau von Straßen mit Grünflächen, die Platz für Bäume schaffen, helfen gegen Überhitzung.

Oberstes Prinzip sollte sein, die graue (also bereits vorhandene) Energie zu nützen. Zement und Beton brauchen viel Energie in der Produktion. Insofern gibt es mit der Wohnbauförderung für Altbau ein gutes Instrument. Die Sanierungsrate ist in Niederösterreich noch immer nicht bei den notwendigen 3 %. Daher ist die Wohnbauförderung dahingehend zu verbessern. Für Neubau sollte gelten: Verdichtet bauen und baukulturell ansprechender gestalten. Da Wege und Straßen rund um den Neubau oft großen Bodenverbrauch einnehmen, sind die Verkehrsflächen mit zu berücksichtigen.

Stehen Wohnungen oder Häuser leer, dann sollte mit einer Leerstandsabgabe dafür gezahlt werden, für nicht genutztes Bauland braucht es eine Infrastrukturabgabe.

Die vielen Bauvorhaben in der Ostregion und die Abrisse von Bauten führen sowohl zur hohen Nachfrage nach Kies und Schotter als auch zur Deponierung von Bauschuttmassen. Der „Rohstoffplan“ braucht eine Neuausrichtung, damit Gemeinden vor allem um Wien nicht im Staub und Dreck ersticken.

Boden schützen für morgen – einige Notwendigkeiten:

- NÖ Bodenfonds für Rückwidmungen von Gewerbe in Grünland
- Sanierung von Wohnraum als Schwerpunkt der Wohnbauförderung

- Abgabe für Leerstand sowohl im Gewerbegebiet als auch bei Wohnraum
- Infrastrukturabgabe für brachliegende Baugrundstücke
- Neubauten nur mit Dachbegrünung oder PV – auch Nachrüsten innerhalb einer Frist für Gewerbe und Wohnbau
- Förderung für Gemeinden für die Umsetzung des Schwammstadtprinzips
- Parkplätze klimafreundlich gestalten (Grünkonzept, Bäume)
- Rohstoffplan (Schotterabbau) neu

Für ein Niederösterreich von morgen braucht es sorgsamen Umgang mit Boden, indem bereits Erbautes und Versiegeltes optimal genützt werden.

4. MODERNE MOBILITÄT FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Niederösterreich galt Jahrzehnte als das Bundesland der AutofahrerInnen. Mangels Alternativen konnten Menschen ihre Wege ohne Autos nicht bewerkstelligen. Im Niederösterreich von morgen ist das anders. Diejenigen, die noch immer ein Auto brauchen, haben auf Elektrobetrieb umgestellt und teilen ihr Gefährt mit anderen. Entscheidend war die Inbetriebnahme der Regionalbahnen, um ein starkes Rückgrat zu bilden. Die Busse wurden auf eine E-Flotte umgestellt. Das moderne Angebot wird mit Fahrrad und Scooter abgerundet. Die sichere Infrastruktur fürs Radfahren lässt viele von vier auf zwei Räder umsatteln. Viele Quadratkilometer Ackerboden konnten durch Alternativen zu Großprojekten wie die S 8 und S34 geschützt werden und die Staus in der Region beenden. Generell ist mit dem 365-Euro-Ticket und weiteren Angeboten so viel in Bewegung gekommen, dass moderne Mobilität einen Zweitnamen hat: Niederösterreich!

Die beste ländliche Entwicklung ist Verkehrspolitik. Damit ist selbstverständlich der öffentliche Verkehr gemeint. Projekte wie die Waldviertel-Autobahn wurden zu Grabe getragen, wobei die Grüne Regierungsbeteiligung ausschlaggebend war.

Menschen wollen auf schnellstem Wege von A nach B kommen. Und das wollen sie bequem, ohne viel Eigenenergie zu verbrauchen. Wenn die Landespolitik aber über Jahrzehnte beim Bund primär mit Straßenprojekten vorstellig wird, werden Menschen zum Auto gezwungen, während „Öffis“ für viele keine nutzungsfreundliche Alternative zum Umsteigen darstellen.

Diese Irrwege der Regierungsparteien führen unausweichlich zu hohem klimaschädlichem CO₂-Ausstoß. Der Haupttreiber der Klimakrise ist in Niederösterreich heute die Mobilität. 38 % der Energie verbraucht der Sektor Verkehr. Dieser große Wirkungshebel muss endlich betätigt werden – und zwar nicht zögerlich wie bisher, sondern entschlossen und mutig für morgen!

4.1. *Öffentlicher Verkehr*

Anfang des Jahres 2010 erfolgte der Abschluss der Grundsatzvereinbarung zwischen Bund, ÖBB und dem Land Niederösterreich zur Übernahme der Regionalbahnstrecken und Übertragung an die Niederösterreichische Verkehrsorganisationsgesellschaft, kurz NÖVOG.

Insgesamt übernahm das Land damals 28 Bahnstrecken mit rund 630 Streckenkilometern, einen Mix aus bereits nicht mehr betriebenen, zur Einstellung vorgesehenen und aktiven Bahnlinien. Die Hoffnung war groß, dass durch diesen Deal der öffentliche Verkehr in Niederösterreich auf neue Beine gestellt wird und durch attraktive, kundenorientierte Angebote Bahnstrecken reaktiviert, attraktiviert sowie Fahrgastzahlen erhöht werden können.

Die Ernüchterung kam rasch und mit Vehemenz. Das Land entschied sich, nicht auf die Schiene zu setzen und lediglich 90 km der Strecken im Regelverkehr weiterzubetreiben. In die Mariazellerbahn wurden nahezu alle Geldmittel gesteckt, die der Bund zu der Bahnübergabe mitgab. Niederösterreich dient hier leider als Negativbeispiel. Die Regionalbahnen wurden jahrzehntelang von allen Regierungsparteien (ÖVP, SPÖ und FPÖ) vernachlässigt. Busse sollten lediglich als Zubringer dienen und nicht parallel als Konkurrenz zur Bahn geführt werden und somit diese verdrängen. Auch die Konzentration auf die Hauptadern geht an der Idee vorbei, langfristig ein attraktives Angebot im öffentlichen Verkehr zu schaffen. Die kleinen, regionalen Strecken sind als gewichtiger Teil des Schienennetzes zu sehen und dienen als klimafreundliche Zubringer zu den Hauptstrecken. Dass professionelle Wiederbelebung die Fahrgastzahlen vervielfachen kann, zeigen zahlreiche nationale und internationale Beispiele (Neusiedler Seebahn, Vinschgaubahn/Südtirol, Taunusbahn/Deutschland).

In Niederösterreich kam es aber nicht nur zur Stilllegung der Bahnstrecken wie der Ybbstalbahn oder der Donauuferbahn, sondern vielerorts auch zur Demontage von Gleiskörpern. Ein verheerendes Signal in Zeiten der Klimakrise, denn die Flächen, auf denen die Trassen verlaufen, werden einer geänderten Nutzung zugeführt und gehen somit als Bahnstrecke für immer verloren.

Die Grünen NÖ setzen sich daher seit Jahrzehnten für den Erhalt der Trassen und für Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken ein, denn das Bahnnetz funktioniert umso besser mit klimafreundlichen Zubringern. Daher drängen die Grünen auch bei den Opfern der Zusperrpolitik der ÖVP NÖ, dem Schweinbarther Kreuz, der Donauuferbahn und der Citybahn Waidhofen auf Reaktivierung. Ein attraktives Angebot bei Fahrtzeiten und Zugmaterial sowie vernünftige Vertaktung in Kombination mit dem Klimaticket motivieren Menschen, auf öffentlichen Verkehr umzusteigen.

Dank Grüner Regierungsbeteiligung auf Bundesebene konnte BM Leonore Gewessler das größte Infrastrukturgpaket aller Zeiten mit 19 Mrd. Euro präsentieren. Und das Klimaticket steht für leistbare Mobilität.

Niederösterreich darf diese fossilen Großprojekte nicht weiterverfolgen und muss stattdessen endlich den Fokus auf den öffentlichen Verkehr legen.

Öffentlicher Verkehr für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Taktverdichtung bei Bus und Bahn und Bereitstellung von modernem Wagenmaterial, sowie erweitertes Angebot für die „letzte Meile“.
- Vier-Städte-Bahn im Waldviertel, damit Zwettl und Waihofen/Thaya mit Zubringern an die Franz-Josefs-Bahn angebunden werden.
- Die Reaktivierung des Schweinbarther Kreuz ist vom Land zu prüfen, insbesondere mit einer Einbindung der Strecke in die Laaer Ostbahn und einer Nutzung mittels Hybrid-Zügen (Strom-Akku).
- Wieder-Instandsetzung der Donauuferbahn.
- Anschluss Groß Enzersdorf an das Wiener Straßenbahnnetz; rasche Umsetzung der Straßenbahn nach Schwechat; Reaktivierung der Kaltenleutgebnerbahn.
- Ausbau der Ostbahnbrücke zur Entlastung der Stammstrecke in Wien und Ertüchtigung der Donauuferbahn in Wien zur Schaffung eines äußeren S-Bahn-Rings mit möglicher Einbindung der Franz-Josefs-Bahn.
- Diesel auf E-Busse umstellen wie in den anderen Bundesländern.

Für ein Niederösterreich von morgen braucht es optimales, ausgebautes Schienennetz als Rückgrat mit Elektro-Bussen als Zubringer.

4.2. Tickets

Schon seit Jahrzehnten wünschten sich die Österreicher*innen ein einheitliches Ticket für den öffentlichen Verkehr, mit der Grünen Regierungsbeteiligung ist es endlich gelungen. Das Klimaticket für ganz Österreich ist zum Preis von 1095 €/Jahr regulär erhältlich (821 € Jugend).

Leider war die NÖ Landesregierung nicht bereit, das NÖ Ticket um 365 € anzubieten, sondern präsentierte eine eigene Lösung mit dem VOR (Verkehrsverbund Ostregion Wien, Niederösterreich, Burgenland) gemeinsam. Das VOR Metropol/Regionticket gültig für NÖ, Wien und Burgenland ist um 860 € (737 € Jugend) erhältlich, das VOR Region für NÖ und Burgenland um 495 € (Jugend 372 €).

Wir wollen noch immer den gleichen Preis wie Wiener*innen mit 365 Euro für ein Jahresticket für Niederösterreich haben. Auch für Studierende braucht es eine finanzielle Erleichterung mit einem 79-Euro-Studi-Ticket.

Tickets für morgen – einige Notwendigkeiten:

- 365-Euro-Ticket für Niederösterreich
- 79-Euro-Studi-Ticket pro Semester
- Fairticket, das günstige Öffi-Ticket für Sozialhilfebezieher*innen, Ausgleichszulagenbezieher*innen und Asylwerber*innen in Grundversorgung.

Für ein Niederösterreich von morgen braucht es leistbare Tickets, die neben dem Klimaticket den Umstieg erleichtern.

4.3. Rad- und Fußwege

52 % der Autofahrten der Österreicher*innen sind kürzer als 5 km, allerdings werden nur 24 % der Alltagswege mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurückgelegt. Ein Ziel der Klimastrategie ist die Erreichung der Verdoppelung des Radverkehrs, da jedes Vermeiden und jede Verlagerung von Autofahrten einen weiteren Puzzlestein für eine insgesamt klimafreundlichere Mobilität bedeuten. Bei guter Infrastruktur können nicht alle, aber ein Großteil dieser Wege mit dem Rad zurückgelegt werden. Eine Verbesserung der Radinfrastruktur steigert für 41 % der Menschen die Bereitschaft, vom Auto auf das Fahrrad umzusteigen. Die aktuelle Situation mit hohen Energiepreisen und Teuerungen auf allen Ebenen bewegen zum Umstieg auf CO₂-neutrale Mobilität.

Das Vorschreiten der Planung in Niederösterreich erfolgt beim Radnetz zu zögerlich. Das Bewusstsein für Radinfrastruktur ist bei der ÖVP noch immer für den touristischen Nutzen höher als für die Alltagsradler*innen. So werden noch heute Landesstraßen durch Orte ohne Radweg erbaut. Die Straßenbauabteilung braucht klare Vorgaben und das Gesetz ist anzupassen. Innerhalb weniger Monate braucht es die ersten Radhighways.

Auch die Nutzung von E-Rädern wird immer beliebter und ist somit vor allem dort, wo Radfahren aufgrund der Topografie anstrengender ist oder für ältere Radbegeisterte eine gerne gewählte Alternative zum PKW. Somit steht der zukunftssträchtigen Entwicklung einer generationenübergreifenden Radgesellschaft nichts im Wege. Dabei wird klimaschädliches CO₂ eingespart, Parkplatzsuche ist kein Thema mehr und nebenbei werden die Fitness und demzufolge die Gesundheit und das körperliche Wohlbefinden positiv beeinflusst.

Was im Bereich Mobilität nicht zu vernachlässigen ist, sind Fußwege. Sichere Fußwege ermöglichen Kindern, selbstständig in die Bildungseinrichtungen zu kommen. Und wer es gewohnt ist, nicht jede Strecke mit dem Auto zu fahren, geht auch als erwachsene Person eher. Zwischen Katastralgemeinden braucht es Rad- und Fußwege und innerörtlich gilt es auch, bei Sanierungen verstärkt darauf zu achten.

Rad- und Fußwege für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Ambitioniertere Planung und Umsetzung des Radnetzes in Niederösterreich inkl. Rad-Highways für die wichtigsten Verbindungen
- Gesetzesänderung: Keine Straße ohne Platz für Radfahrende und Fußgeher*innen innerörtlich.
- Fußwege und Gehsteige als fixe Planungsmaßnahme festlegen

Für ein Niederösterreich von morgen braucht es flächendeckend sichere Radinfrastruktur, um bequem aufzusatteln.

4.4. Straßen

Eine alte Binsenweisheit besagt: Straßen locken Verkehr an. Und sie hat sich immer bewahrheitet. Es braucht in den Regionen Straßen, die dem Verkehrsaufkommen entsprechen. Wo es keinen öffentlichen Verkehr gibt, gibt es dementsprechend mehr Verkehr auf den Straßen. Und wer Transitrouten baut, erntet internationalen Transit. Im Waldviertel konnte dies verhindert werden.

Wie falsch die Raumordnungspolitik der letzten Jahrzehnte der ÖVP ist, wird mit einem Beispiel aus dem Alltag ersichtlich: In fast keiner größeren Stadt kann ein Einkauf zu Fuß erledigt werden, sondern Bürger*innen sind auf das Auto angewiesen, um zu den Einkaufstempeln am Rande der Stadt zu kommen.

Oder es werden Baugründe in den letzten 25 Jahren im Eiltempo aufgeschlossen, wie im Bezirk Gänserndorf. Heute staut es sich in der Region, weil die ÖVP gemeinsam mit SPÖ und FPÖ bis jetzt der Meinung ist, dass der Bund hier eine Schnellstraße errichten möge und über Artenschutz drübergefahren werden kann. Die Grünen sind seit jeher für zweckdienliche Lösungen: So hätte statt der S8, wie ursprünglich geplant, mit Ortsumfahrungen die Flüssigkeit des Verkehrs ermöglicht werden sollen. Die Sturheit der ÖVP hat bis heute Lebenszeit der Menschen geraubt, die im Stau stehen und auch keine passende Öffi-Verbindung vorfinden. Dass die ÖVP heute auch die Suche nach Alternativen zur geplanten S8 verweigert, ist an Sturheit und Lösungsinkompetenz kaum mehr zu überbieten.

Ähnlich verhält es sich bei der S34, wo die SPÖ die Treiberin des Projektes ist. Und das bis heute. Um dem entgegenzuwirken, profitiert der Zentralraum enorm vom Bahnpaket des Klimaministeriums in den nächsten Jahren.

So wie die ÖVP die Gespräche zu Projektalternativen bei S8 und S34 verweigert, tut dies auch der Landeshauptmann von Wien beim Projekt Lobau-Autobahn.

Ein größeres Projekt in Niederösterreich, nämlich die Ostumfahrung Wiener Neustadt, macht der ÖVP-Klubobmann zu seinem persönlichen Projekt. Dabei ist das Projekt einige Jahrzehnte alt und gilt bei allen Fachleuten als nicht zeitgemäß. Der enorme Bodenverbrauch lässt sogar Traktorenkonvois am Hauptplatz Wiener Neustadts auffahren.

Und gegen den Ausbau der A22 wurden auch alle Register gezogen und die ASFINAG in die Knie gezwungen. Es gibt bei Naturschutz keine faulen Kompromisse!

All diese Projekte in Richtung „fossilem Highway“ gemäß Klimabericht haben das Potenzial der Zivilgesellschaft gezeigt, die sich mit allen Mitteln eines Rechtsstaates gegen diese unsinnigen, aus der Zeit gefallenen Projekte zur Wehr setzt. Mit genau demselben Einsatz und Mut tun das auch wir!

Für ein Niederösterreich von morgen müssen alle Straßenprojekte, insbesondere höherrangige Transitrouten, auf den Prüfstand, um nicht weiterhin Verkehr zu produzieren. Für die in Planung befindlichen Bundesstraßen braucht es Alternativvorschläge seitens des Landes NÖ.

4.5. *Flugverkehr*

Über die Größenordnung des Flughafens Schwechat herrscht Uneinigkeit. Das Projekt „3. Piste“ geistert noch immer herum. ÖVP und SPÖ haben durch die Beteiligung am Flughafen durch die Länder Wien und Niederösterreich Kontrolle über in Summe 40 % der Aktien. Bis heute sprechen sich diese Parteien und die FPÖ für den Ausbau des Flughafens aus.

Das Bundesverwaltungsgericht erteilte der 3. Piste diese Absage und hielt in seiner Erkenntnis fest: Das Vorhaben würde zu einem markanten Anstieg an Treibhausgasemissionen führen. Das widerstrebt den Zielen der Bundesverfassung und der NÖ Landesverfassung, die den Umweltschutz, insbesondere den Klimaschutz, besonders hervorheben.

Gegen diese Erkenntnis des Bundesverwaltungsgerichtes haben die Flughafen Wien AG sowie die NÖ Landesregierung außerordentliche Revision eingebracht. Der VfGH hob das Urteil auf und verwies die Angelegenheit erneut an das BVwG, das diesmal die Freigabe erteilte.

NGOs und die Grünen hingegen plädieren für mehr Lebensqualität in der Ostregion mit einem Nachtflugverbot zwischen 22.00 und 6.00 Uhr. Derartige Regelungen gibt es in Europa auch an

internationalen Flughäfen wie zum Beispiel am Flughafen Zürich. Fluglärm macht krank, weil die Nachtruhe und vor allem der Tiefschlaf gestört werden. Tausende Menschen sind betroffen.

Die Grünen konnten im Herbst 2022 öffentlich aufdecken, dass sogar in Geschäftsberichten des Flughafens der Großaktionär nicht richtig dargestellt wurde. Über Jahre haben die Vorstände des Flughafens die Öffentlichkeit getäuscht und von einem „Australischen Pensionsfonds“ gesprochen. In Wahrheit handelt es sich um eine luxemburgische Briefkastenfirma, die einem Geldtopf „Trust“ auf den Cayman Islands gehört. Der Flughafen hat die Landessprecherin der Grünen geklagt. Das Verfahren läuft.

Flugverkehr für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.
- Die öffentliche Hand soll mehr als 50 % des Flughafens besitzen
- Keine 3. Piste

Für ein Niederösterreich von morgen braucht es das Selbstverständnis, dass die Gesundheit von Menschen wichtiger ist als Dividenden der Flughafen Aktiengesellschaft.

5. NATURSCHUTZ, ARTENSCHUTZ UND BIODIVERSITÄT FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Dem Bekennen zur europäischen Biodiversitätsstrategie sind im Niederösterreich von morgen den Worten endlich Taten gefolgt. Die Natura-2000-Gebiete haben nicht nur aktualisierte Managementpläne, sondern in den Behörden kümmern sich auch fachlich geeignete Personen um die Schutzgüter. So ist es gelungen, trotz Klimawandelanpassung, Natur- und Artenschutz in Niederösterreich zu leben.

Natur- und Artenschutz ist ein gemeinsames, europäisches Thema. Der achtsame Umgang mit der biologischen Vielfalt ermöglicht der Natur, möglichst anpassungsfähig zu sein. Insbesondere die Klimakrise fordert Fauna und Flora.

Die europäischen Schutzgebiete Natura 2000 haben einen hohen Schutzstatus. In den Bundesländern ist das Management dieser Flächen unterschiedlich. In Niederösterreich war das Ausweisen der Natura-2000-Gebiete bereits ein Politikum und bis heute wird zu wenig darauf geachtet.

Die sogenannten Managementpläne werden nicht überarbeitet, es gibt zu wenig Personal. Und die zuständigen Personen in den Bezirkshauptmannschaften haben keine Qualifikation, sondern kommen fachlich aus dem Bereich Land- und Forstwirtschaft.

Die 23 Naturparks im Land erfüllen einen wertvollen Bildungsauftrag. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Naturschutz in Niederösterreich von minderer Qualität ist.

Der saloppe Umgang mit Artenschutz wird bei den Themen Wolf und Biber für Menschen erkennbar. Auch das Beispiel der S 8 ist ein Sittenbild davon, wie alle Regierungsparteien Artenschutz (Vogel Triel) ins Lächerliche ziehen.

Die Themen Natur- & Artenschutz und Biodiversität sind eng mit dem Thema Land- und Forstwirtschaft verbunden. Daher braucht es in Niederösterreich endlich eine Trennung der Interessen. Das heißt, dass in der Landesregierung nicht eine Person für beide Themen wie bisher zuständig sein darf.

Natur- und Artenschutz für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Überarbeiten der Natura 2000-Managementpläne, mehr Natura 2000-Gebiete in Niederösterreich
- Mehr verbindliche Ausgleichsflächen schaffen
- Naturschutzrechtlich ausgebildetes Personal in den Behörden ohne Interessenskonflikte
- Natur- und Artenschutz in der Landesregierung von Land- und Forstwirtschaft trennen

Für ein Niederösterreich von morgen braucht es einen Arten- und Naturschutz, der seinen Namen verdient. Dazu braucht es ausreichend qualifiziertes Personal und klare Zuständigkeiten in der Landesregierung.

6. TIERE SCHÜTZEN FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Im Niederösterreich von morgen gibt es von Alt bis Jung eine positive Haltung anderen Lebewesen gegenüber. Die Wissensvermittlung über Tierhaltung in den Volksschulen hat ihres dazu beigetragen. So verzichten Betriebe auch früher als gesetzlich notwendig auf Vollspaltböden in der Schweinehaltung. Über viele Jahre hinweg ist aufgrund optimierter Kontrollen kein Missstand in einem Nutztierbetrieb mehr vorgefallen. Die Tierheime im Land geben den Trend vor, was durch den Einsatz der Ehrenamtlichen, der hohen Spendenfreudigkeit der Bürger*innen und der guten Unterstützung durch das Land Niederösterreich möglich wurde.

Haustiere wie Hund und Katze sind treue Partner*innen. In jedem fünften Haushalt Niederösterreichs existiert „der beste Freund des Menschen“, ein Hund. Katzen gibt es in fast 30 % der Haushalte. Mit der Pandemie waren es kurzfristig sogar mehr. Die Gesetze sind in Niederösterreich streng. Die Grünen stimmen aber zum Beispiel bei der Listung von Rassen nicht überein. Dass es einen Befähigungsnachweis zur Hundehaltung braucht, begrüßen wir. Auch bei der Tierhaltung gibt es immer neue Erkenntnisse und davon sollen die Tiere durch mehr Wissen von „Frauerl“ und „Herrl“ profitieren. Damit bereits Kinder mehr Wissen über artgerechte Nutztierhaltung haben, sollte dies in Volksschulen gelehrt werden.

Die Zuschüsse an die Trägervereine von Tierheimen fallen in Niederösterreich dürftig aus. Ohne das große Engagement der Ehrenamtlichen ist kein Tierheim zu führen. Da wir als Gesellschaft alle daran gemessen werden, wie wir mit Tieren umgehen, sollten wir mehr Finanzmittel zur Verfügung stellen.

Das Land Niederösterreich muss dort, wo es um Artenschutz geht, seiner Verpflichtung nachkommen.

Niederösterreichische tierhaltende Betriebe sind immer wieder in den Schlagzeilen zu finden. Wenn es zum wiederholten Male zu Tierquälerei und Missstand wie im Fall des Betriebes in Traismauer kommt, dann zeigt es die Defizite des „behördlichen Kontrollsystem“ auf. Die Behörden in Niederösterreich kontrollieren zu wenig und zu ungenau.

Wie eingefahren Stallsysteme und Interessen sind, haben die Verhandlungen auf Bundesebene zum Verbot von Vollspaltböden bei Schweinen gezeigt. Gemeinsam mit Tierschutzorganisationen und dem Tierschutzvolksbegehren konnte ein endgültiges Aus mit 2039 fixiert werden und alle handelnden Personen wissen, dass die ÖVP bisher keine Verhandlungsbereitschaft hatte. Wichtig in dem Zusammenhang ist daher, dass bereits ab 2023 höhere Mindeststandards für Schweineställe bei Neu- und Umbauten gelten: bis 20 % mehr Platz, verpflichtende Klimatisierung, mehr Beschäftigungsmaterial und erste Strukturierung der Buchten.

Fleisch von Schweinen aus Vollspaltenhaltung verschwindet bis 2030 stufenweise aus Küchen von Behörden, Schulen, Bundeseinrichtungen und Polizeistationen.

Bei der Ferkelkastration wird die Inhalationsnarkose erlaubt, die bisher verboten war. Das erleichtert vielen Tierhalter*innen die Betäubung, sodass betäubungslose Kastration zurückgedrängt wird.

Mit der neuen Tierhaltezeichnung ist hinkünftig auf einen Blick beim Fleischkauf erkennbar, unter welchen Bedingungen die Tiere gehalten werden. Erhöhte Transparenz führt dazu, dass mehr Tierwohlprodukte erworben werden.

Einige Punkte konnten auf Bundesebene bereits beschlossen werden, die lange in Diskussion waren. So konnten erste Verbesserungen auch beim Thema Tiertransporte errungen werden. Wir bleiben auf unserem Standpunkt, dass es keine Lebendtiertransporte über die eigene Region hinaus mehr geben darf.

Tiere schützen für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Mehr Mittel für Tierheime und Einrichtungen für „Exoten“
- Tierkundetage im Volksschulalter mit Ausflug auf einen Bauernhof
- Kontrollen nach Risikoplan im Nutztierbereich lückenlos durchführen
- Verpflichtenden Tierschutzbeirat mit Tierschutzorganisationen
- Tierschützer*innen bei Befähigung als Organ der Kontrollbehörden bevorzugen

Für ein Niederösterreich von morgen braucht es mehr Unterstützung für Tierheime und lückenlose Kontrollen im Bereich Tierhaltung und Tiertransport.

7. LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Der Trend des Höfesterbens und des „Wachsen oder Weichens“ konnte im Niederösterreich von Morgen gestoppt werden und Bio ist der neue Standard. Generell ist in Niederösterreich der Einsatz von Pestiziden stark rückgängig, um Boden zu schützen und Artenvielfalt zu ermöglichen. Statt Importe von Soja aus Übersee werden mehr Eiweißfrüchte angebaut. Die in Niederösterreich produzierten Lebensmittel sind von hoher Qualität und die Erzeuger*innen schaffen es, sich dem Diktat der Handelsriesen zu widersetzen. Der Fleischkonsum ist in Niederösterreich zurückgegangen, weil Bürger*innen aus gesundheitlichen und klimarelevanten Gründen weniger Fleisch essen, aber dafür mehr auf die Herkunft achten.

Die Hauptausrichtung der Agrarpolitik wird mit der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) in der EU festgelegt. Mit dem Green Deal in der EU musste sich die GAP in Richtung mehr Ökologisierung orientieren: So werden die Direktzahlungen an die Betriebe zurückgefahren und gleichzeitig das nationale Agrarumweltprogramm ÖPUL gesteigert. Dass es in Österreich ab Herbst in der Neuauflage mehr „Bio“ gibt, ist dem Mitwirken in der Bundesregierung zu verdanken.

Im Jahr 2022 werden rund 25 % der Flächen im Land biologisch bewirtschaftet bzw. ca. 22 % der Betriebe haben ein Bio-Kennzeichen. Da Niederösterreich traditionell stets einen höheren Bio-Anteil hatte, ist der Anteil derzeit nicht zu bejubeln.

Der Wandel in der Landwirtschaft ist anhand der Zahl ablesbar: Nahezu eine Halbierung der Betriebe von 1990 bis 2020 auf circa 37.000, wobei die Anzahl der nicht der Familie angehörenden Arbeitskräfte gestiegen ist.

Einer tragfähigen, nach ökologischen Prinzipien agierenden Landwirtschaft kommt nach Grünen Grundsätzen eine Schlüsselrolle zu. Landwirtschaft ist Teil der Lösung der Klimakrise, des Boden- und Wasserschutzes. Es geht um die Rücksichtnahme auf wertvolle Naturräume, um Biodiversität sowie um Produktions- und Marktbedingungen, die den bäuerlichen Betrieben ein faires Einkommen sichern. Wir wollen weg von einer industrialisierten Agrarindustrie, die ohne Soja-Importe aus Brasilien und Unmengen an Pestiziden möglich ist. Unsere bäuerlichen Betriebe können und wollen nicht mit Billigprodukten aus allen Erdteilen konkurrieren. Deshalb setzen wir uns auch weiterhin auf europäischer Ebene für eine noch ausgeprägtere Ökologisierung in der EU-Agrarpolitik ein und bleiben der Gegenspieler der Konservativen, die so weitermachen wollen wie bisher.

Das erklärte gesellschaftliche Ziel muss sein: Ökosoziale Landwirtschaft von der Bäuer*innen auch leben können, wenn sie achtsam mit den Lebensgrundlagen umgehen. Die Klimakrise macht Anpassungen notwendig und hierfür brauchen die Betriebe bestmögliche Unterstützung der Gesellschaft. Unser Schatz ist die Artenvielfalt. Und daher gibt es ein klares NEIN zur Gentechnologie. Im Übrigen würde sie auch die Abhängigkeit von Saatgut- und Pharmabetrieben steigern.

Damit die Abhängigkeit von den Handelsriesen reduziert wird, soll es geförderte Regionalläden in den Stadtzentren geben. Das Land NÖ braucht ein klares Bekenntnis zu Bio-Lebensmitteln in allen Einrichtungen und muss sich auch um die NÖ Kindergärten selbst kümmern.

Kaum jemand spürt die Klimakrise so wie die Forstwirtschaft: Der Borkenkäfer führt uns die Veränderungen schonungslos vor Augen. Da die Bäume unsere großen, mächtigen CO₂-Speicher sind, braucht es noch mehr Anstrengungen, um klimafitte Wälder für die Zukunft zu schaffen.

Land- und Forstwirtschaft für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Bio-Lebensmittel in allen öffentlichen Einrichtungen inklusive NÖ Kindergärten
- Förderung von Regionalläden in Städten

- Strategieplan Landwirtschaft NÖ: keine Gentechnik, weniger Pestizide, mehr Biodiversität
- Umfassende Herkunftskennzeichnung von Fleisch, Milch und Eiern im Handel und in der Gastronomie
- Grundwasserschutz durch kontrolliertes Gülle-Management
- Forschung und Förderung von klimafitten Wäldern

Für ein Niederösterreich von morgen braucht es das klare Bekenntnis der Landwirtschaft, eine Hauptrolle zum Schutz der Lebensgrundlagen Wasser und Boden sowie des Klimaschutzes einzunehmen.

8. WIRTSCHAFT UND TOURISMUS, KREISLAUFWIRTSCHAFT UND GREEN JOBS FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Nur wenn wir jetzt konsequent handeln, hat das Niederösterreich von morgen noch zur richtigen Zeit die Weichen gestellt, damit der Wirtschaftsstandort auf die Zeit ohne Öl und Gas vorbereitet wurde und damit Arbeitsplätze erhalten wurden. Die landeseigene Wirtschaftsagentur hat dann alle Branchen in der Umstellung der Energietransformation bestmöglich begleitet und fördert verstärkt innovative und kreative Ansätze im Bereich ressourcenschonendere Verfahren. Wirtschaft und Lebensgrundlagen werden als eine Einheit in Niederösterreich gesehen.

Unser Ziel ist der sorgsame Umgang mit den begrenzten Ressourcen unseres Planeten. Wie intensiv die Industrie von Gas abhängig ist, ist jetzt öffentlich bekannt geworden. Es zeigt auch, wie viel Anstrengungen noch zu leisten sind, dass wir die Klimaziele erreichen können. Zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes gibt es in der Krise Unterstützung in Höhe von 200 Mio. Euro für Betriebe, weil sich die hohen Energiekosten auf die Produktionspreise auswirken. Daher werden Betriebe durch Senkung der Stromkosten in Höhe von insgesamt 200 Mio. Euro zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Industrieanlagen unterstützt. Die Unterstützung von Kleinbetrieben wurde von der ÖVP anders bewertet. Aus Sicht der Grünen braucht es auch für die Kleinen – zum Beispiel Friseur*innen – Unterstützung.

Um die Klimaziele bis 2040 zu erreichen und um die Unabhängigkeit des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich zu steigern, braucht es überall, wo es möglich ist, den Ausstieg aus Öl und Gas. Die Klima- und Transformationsoffensive des Bundes hat das Ziel, österreichische Industriebetriebe dabei zu unterstützen, ihre Produktionsprozesse klimaneutral zu gestalten. Bis 2030 stehen fixe Förderungen von insgesamt rund 5,1 Milliarden Euro zur Verfügung. So sorgt die Bundesregierung für die Verlässlichkeit, die die Wirtschaft braucht. In Niederösterreich müssen Gesetzeshürden, die betriebliche Windkraft- und PV-Anlagen verhindern, beseitigt werden. Die landeseigene Wirtschaftsagentur muss die Betriebe bestmöglich beim Energie-Umstieg begleiten. Und Betriebsansiedlungen wie jene von Boehringer/Ingelheim zeigen: Der wichtigste Standortfaktor der Zukunft sind ausreichend stabile erneuerbare Energien in der Region.

Der Tourismus muss sich verstärkt der Nachhaltigkeit verschreiben, wobei die Träger Kultur und Genuss einerseits und andererseits Wandern und Radfahren den Zeitgeist treffen. Der Winterschi-Tourismus wird sich hin zu einem Ganzjahresangebot wenden müssen. Die Verhältnismäßigkeit des Energieaufwandes für Schneekanonen und der Wertschöpfung sind durch die Boten der Klimakrise in Schieflage geraten. Am Ende des Prozesses werden mehr Bergbegeisterte angesprochen werden können – und das 4 Jahreszeiten im Jahr.

Abfallvermeidung, Kreislaufwirtschaft, Upcycling, cradle-to-cradle und weitere ressourcensparende Verfahren haben daher oberste Priorität. Wir wollen deshalb die Langlebigkeit und Reparierbarkeit von Produkten fördern, Mehrwegsysteme ausbauen und die Lebensmittelverschwendung reduzieren. Gefährliche Schadstoffe haben in Produkten und in unserer Umwelt nichts zu suchen. Wir wollen die vollen ökologischen und sozialen Kosten von Produkten und Dienstleistungen in den Verkaufspreis einbeziehen. Kernstück in Richtung Kostenwahrheit und Klimagerechtigkeit ist die ökosoziale Steuerreform.

Jedes Jahr fallen in Österreich über 900.000 Tonnen Plastikmüll an, wobei rund 50.000 Tonnen davon nur Getränkeverpackungen sind. Damit keine der 2,5 Milliarden Flaschen und Dosen in unserer Natur landen, wird ab 2025 das Einweg-Pfandsystem eingeführt. Und bereits 2024 gibt es im Handel verbindliche Mehrwegangebote von Bier bis Milch.

Das Richtige zu tun, muss für Unternehmen wirtschaftlich möglich und attraktiv sein. Dazu brauchen wir ein Steuersystem und Gesetze, die soziales und umweltverträgliches Handeln belohnen und schädliches Handeln teuer machen oder sogar verhindern. Wir fördern neue, ressourcenschonende Geschäftsmodelle und treten für eine Frauenquote für leitende Positionen in Unternehmen ein, um den notwendigen Veränderungsprozess zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in Unternehmen zu beschleunigen. Diverse Unternehmen sind krisenfester und erfolgreicher.

Die Energiewende braucht viele Hände, während gleichzeitig ein Fachkräftemangel vorherrscht. Diese Lücke muss zur Erreichung unserer gemeinsamen gesellschaftlichen Klimaziele geschlossen werden. Um jungen Menschen die Perspektive in Lehrberufen zu öffnen, braucht es eine echte Werbeoffensive und noch stärkere Anreize für Lehrlinge.

Die Wirtschaftskammer WKO muss ihre Strategie radikal ändern und sich als Teil zur Lösung der Klimakrise verstehen. Die aktuelle Haltung – vom Beibehalten der fossilen Brennstoffe bis hin zu Fracking im Weinviertel – ist nicht zeitgemäß und langfristig gefährlich für den Wirtschaftsstandort. Niederösterreich und alle anderen europäischen Regionen befinden sich in einem internationalen Wettbewerb, in dem nur die innovativen und klimagerechten Unternehmen langfristig Märkte finden werden. Die landeseigene Wirtschaftsagentur muss verstärkt innovative Start-ups fördern, um das Potenzial im Land zu heben.

Wirtschaft für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Betriebliche Windkraft- und Photovoltaikanlagen
- Nachhaltigkeit inklusive Öffi-Angebote in allen Tourismusbereichen umsetzen
- Fachliche Begleitung bei der betrieblichen Energiewende durch die landeseigene Wirtschaftsagentur
- Forschung und Förderung im Bereich Kreislaufwirtschaft
- Werbeoffensive und Anreize für Lehrlinge – Green Jobs
- Verstärkte Förderung von Start-ups
- Förderung und Erleichterungen für Kleinbetriebe
- Gebot, Lebensmittel nicht wegzuerwerfen

Für ein Niederösterreich von morgen braucht es das Selbstverständnis, mit Ressourcen achtsam umzugehen und das innovative Potenzial im Land auszuschöpfen.

9. ARBEITSWELT FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Mit der Ökologisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt zog mehr Gerechtigkeit in das System ein. Die Geschlechter werden innerhalb eines Betriebes gleichbehandelt und entlohnt. Mit der Einführung des Mindestlohns wurden einige Dienstleistungsbranchen wieder attraktiv. Man ist stolz darauf, dass für jede Person neue Arbeitsaufgaben gefunden werden konnten.

Wir Grünen wollen den ökologischen und digitalen Umbau von Wirtschaft und Arbeitswelt sozial gerecht gestalten. Diese Transformation gelingt nur, wenn sie breit getragen wird und niemand Angst haben muss, zurückgelassen zu werden. Betriebe, ja ganze Branchen werden umdenken und sich umorientieren müssen, um CO₂-neutral zu werden. Berufe und Berufsbilder werden sich ändern. Alte, wenig zukunftsfähige Jobs verschwinden, aber auch viele neue „grüne“ Jobs entstehen.

In der Pandemie sind die Schwächen einiger Branchen zu Tage getreten. Schlechte Entlohnung und unattraktive Arbeitszeiten ließen viele Menschen nicht mehr in ihren Arbeitsplatz zurückkommen. Hinzu kommt, dass jüngere Menschen mehr auf ihre Work-Life-Balance achten und nicht mehr bereit sind, 50 und mehr Stunden zu arbeiten. Viele Branchen, vor allem jene mit überwiegend weiblichen Arbeitskräften wie Gesundheitsberufe, brauchen eine faire Entlohnung. Berufe im Sozialbereich leisten Enormes für die Gesellschaft und daher steht ihnen auch die entsprechende Wertigkeit zu. Ein gesetzlicher Mindestlohn kann zu mehr Gerechtigkeit führen. Für die Schließung des Gender-Pay-Gaps in Betrieben braucht es Sanktionen, damit endlich für dieselbe Arbeit gleich entlohnt wird.

Wir Grüne stehen seit jeher für eine Verringerung der Besteuerung von Arbeit und mehr Besteuerung für Energie. Die ökosoziale Steuerreform setzt genau dort an. Und mit der Abschaffung der kalten Progression gehört der Umstand, dass man durch Gehaltserhöhungen in Folge von Inflation in höhere Steuerklassen rutscht, der Vergangenheit an.

Da kaum mehr jemand ein Arbeitsleben lang in einem Arbeitsgebiet bzw. einem Betrieb bleibt, braucht es mehr Unterstützung bei Umschulungen, vor allem in Branchen mit Fachkräftemangel.

Arbeitswelt für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Mindestlohn und Anheben der Entlohnung
- Recht auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr
- Beste Unterstützung bei Jobwechsel
- Bessere Berufsorientierung mit Fokus auf Green Jobs und Zukunftsbranchen

Für ein Niederösterreich von morgen braucht es mehr Fairness und Respekt in der sich ändernden Arbeitswelt.

10. LEISTBARES LEBEN UND FÜREINANDER FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Im Niederösterreich von morgen wird Menschenwürde großgeschrieben, daher wird jede Person, die es braucht, unterstützt. Alle vom Land beeinflussten Fördermöglichkeiten werden ausgeschöpft. Es herrscht das Menschenbild vor, dass jeder Mensch nach Befähigung gerne einer Tätigkeit nachgeht und daher in einer persönlichen oder gesellschaftlichen Krisensituation bestmöglich zu begleiten ist. Füreinander ist das Leitprinzip im Land.

In Krisen werden wirksame, unbürokratische Pakete mit dem Ziel geschnürt, Menschen in schwierigen Lebenslagen zu helfen.

Corona-Krise, globale Lieferkettenprobleme und der Angriffskrieg in die Ukraine haben zu Teuerungen auf allen Ebenen geführt. Einige scheinen als Trittbrettfahrende die Preise auch einfach anzuheben und andere, wie die Energiekonzerne, profitieren übergebührend. Eine Steuer auf Übergewinne ist daher mehr als gerechtfertigt.

Die Krisen bringen zu Tage, dass die Wirtschaft weltweit verwoben ist und Europa sich bei der Produktion zu sehr auf den asiatischen Markt verlassen hat – wie zum Beispiel bei der Herstellung von Medikamenten oder Prozessoren.

Die Pandemie hat uns aber vor allem gelehrt, dass viel möglich ist, wenn wir füreinander da sind. Im Nachhinein ist man bei Entscheidungen wie bei den Förderzuteilungen immer klüger. Dennoch stehen der Geldsumme die Existenzsicherung von Betrieben und Arbeitsplätzen gegenüber und das hat Sinn gemacht. Wichtig ist Transparenz immer dort, wo Steuermittel vergeben werden. Dafür stehen wir Grüne.

Die Gas- und damit Stromkrise hat uns gezeigt, dass entfesselte, liberale Märkte schwer wieder an die Zügel der Politik zu nehmen sind. Privatisierte Unternehmen, aber auch Aktiengesellschaften im öffentlichen Besitz, müssen nach den Regeln der Märkte spielen und können in ihren Entscheidungen somit soziale Faktoren nicht berücksichtigen. In Krisenzeiten braucht es eben mehr Staat als Privat, weil es füreinander besser funktioniert als in der Ich-AG.

Nunmehrige Eingriffe in diese zügellosen Märkte bedeuten oft Unvorhergesehenes: Staaten, die rasch Kostendeckel bei Gas eingeführt haben, haben mehr Gas als vor der Krise verbraucht und mit den öffentlichen Förderungen für Gas ihre Staatskassen entleert, ohne die zugrunde liegenden Probleme zu lösen. Nach den ersten staatlichen Unterstützungen, bei denen die rasche Hilfe im Vordergrund stand, brauchen wir für die nächsten Monate zielgerichtete Unterstützungsmaßnahmen, die bei jenen ankommen, die wirklich noch Hilfe benötigen.

Zur Erinnerung: Es wurden bereits 3 Pakete gegen die Teuerungen auf Bundesebene geschnürt.

Die ersten beiden Pakete am Beginn des Jahres 2022 in Höhe von 4 Milliarden Euro brachten:

- ein Aussetzen der Ökostrompauschale, was jedem Haushalt im Schnitt 90-100 € jährlich bringt.
- einen Teuerungsausgleich für besonders betroffene Gruppen wie Bezieher*innen von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe, Studienbeihilfe und niedrigen Pensionen.
- den Energiekostenausgleich in Höhe von 150 € mittels Gutscheins an alle Haushalte.
- 50%ige Erhöhung der Pendlerpauschale und Vervierfachung des Pendlereuros
- 150 Mio. Euro für Preissenkungen im öffentlichen Verkehr

Ein drittes großes Entlastungspaket in Höhe von 28 Milliarden Euro bringt:

- Weitere 300 € Direktzahlungen für Bezieher*innen von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe, Studienbeihilfe und niedrigen Pensionen; diesmal auch Menschen mit vollem Krankengeld, Umschulungsgeld und Reha-Geld.
- Wohnschirm (Teil der Corona-Hilfsmaßnahmen) verlängert. Übernahme von Mietschulden und finanzielle Unterstützung beim Umzug in eine leistbare Wohnung.
- Alle Einkommen von Geringfügigkeit bis 2.500€ brutto monatlich profitieren vom erhöhten Absetzbetrag für 2022.
- Sonderfamilien-Beihilfe von 180 € im August
- Kindermehrbetrag für Familien mit geringem Einkommen dauerhaft erhöht; nochmal 100 € mehr als mit der ökosozialen Steuerreform geplant.
- Klimabonus 250 € plus 250 € Teuerungsausgleich für jeden Erwachsenen, Auszahlung frühzeitig bereits ab August 2022, die Hälfte für Kinder.
- Inflationsanpassung von Sozialleistungen am Beginn jeden Jahres
- Inflationsanpassung von Absetzbeträgen, die negativsteuerfähig sind für Menschen mit niedrigem Einkommen; dazu zählen Absetzbeträge für Alleinerzieher*innen, Pensionist*innen, Unterhalt, Kinderabsetzbetrag.
- Abschaffung kalte Progression

Von Anbeginn der Teuerungswelle forderten die Grünen NÖ auch Anti-Teuerungsmaßnahmen auf Landesebene wie die Erhöhung der Richtsätze für Lebensunterhalt und Wohnbedarf für Sozialhilfebezieher*innen sowie Erhöhung der Richtsätze für Kinder und Erhöhung der Wohnbeihilfe bzw. des Wohnzuschusses bei gleichzeitiger Erhöhung des zulässigen Jahreseinkommens.

Abseits der aktuellen Ereignisse braucht es Verbesserungen im „Sozialwesen“ Niederösterreichs. Auf Bundesebene ist mit der jährlichen Inflationsanpassungen ein wichtiger Schritt gemacht worden, damit die Erhöhungen nicht immer zur Diskussion stehen bzw. erst kurz vor Wahlen gemacht werden.

Füreinander für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Erhöhung der Richtsätze und vereinfachte Antragsstellung zur Sozialhilfe
- Notfallfonds für alle in Not geratenen Haushalte
- Leistbares Wohnen durch Mietzinsobergrenze
- Erhöhung der Wohnbeihilfe und Forcierung des sozialen Wohnbaus
- Heizkostenzuschuss für alle Haushalte, deren Einkommen unter dem Ausgleichzulagenrichtsatz liegt
- Dauerhafte Jahressubvention für Sozialmärkte

Für ein Niederösterreich von morgen braucht es mutige Entscheidungen, die treffsicher jede Person in Not unterstützt.

11. GESUNDHEIT UND PFLEGE FÜR MORGEN

11.1. *Gesundheit*

Unsere Vision Für Morgen:

Das Management der Kliniken und Pflegeheime aus einer Hand garantiert, dass Patient*innen optimal behandelt und gepflegt werden. Durch Anreizsysteme sind alle Kassenstellen im Land besetzt und das letzte Primärversorgungszentrum wurde vor kurzem eröffnet. Der Personalmangel konnte mit Gehaltsanhebungen und verstärkter Ausbildung behoben werden. Von der Wiege bis zur Bahre ist jeder Mensch in guten Händen.

Seit der Zusammenführung der 27 NÖ Landes- und Universitätskliniken einerseits und der 50 NÖ Pflege-, Betreuungs- und Förderzentren andererseits unter dem Dach der NÖ Landesgesundheitsagentur (LGA) kann man nichts von den angekündigten Verbesserungen für Patient*innen erkennen. Durch die Auslagerung der Einrichtungen in die LGA wurde dem Landtag die Kontrolle entzogen. Bis heute kennt niemand den Vertrag der Landesregierung mit der LGA und für parlamentarische Anfragen der Grünen zu der Lage in den Krankenhäusern fühlt sich in der Landesregierung von der ÖVP niemand zuständig. Ein aufgeblasener Verwaltungsapparat mit vielen GmbHs und lukrativen Sonderverträgen, Werbungen in sämtlichen Printmedien und ausladenden Sommerfesten helfen Patient*innen wenig. Bis heute hat das Land beim Bund keinen vollständigen Regionalen Strukturplan Gesundheit gemeldet, der die Angebote in den einzelnen Fachbereichen festlegt und auch für die Abstimmung mit anderen Bundesländern wichtig ist.

Der Mangel an Ärzt*innen und Pflegepersonal in Niederösterreich wird immer akuter. Zahlreiche Kassenstellen in den Gemeinden bleiben unbesetzt, in den Landeskliniken bleiben Operationssäle leer, weil es an medizinischem Personal mangelt. Für Operationen gibt es lange Wartelisten.

Der akute Mangel an Kassenärzt*innen lässt die Versicherten verstärkt Praxen von Wahlärzt*innen anlaufen oder es kommt – wie in der Kinderheilkunde – zu echten Unterversorgungen in Regionen des Landes.

Chronisch unterversorgt durch zu wenig Stunden ist das Land in der Psychotherapie. Generell wird zu wenig unternommen, damit psychische Erkrankungen nicht stigmatisiert werden. Mangelhafte Angebote machen die seelische Gesundheit abhängig vom Einkommen!

Die Landesregierung kann auf die Anzahl der Ausbildungsplätze für Hebammen und Physiotherapeut*innen einwirken. An allen Ecken fehlt Personal und es ist nicht nachvollziehbar, warum die Landesregierung nicht bereits vor Jahren initiativ wurde, wobei für den Bereich außerhalb der Kliniken die SPÖ seit 20 Jahren zuständig ist.

Gesundheit für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Sicherstellung der Besetzung von Kassenordinationen durch neue, attraktive Kassenverträge, Maßnahmen v. a. für Allgemeinmedizin und Kinderheilkunde
- Aufbau von Primärversorgungszentren in allen Regionen
- Aufstockung der Ausbildungsplätze für Hebammen und Physiotherapeut*innen
- Ausreichend Psychotherapieplätze für Erwachsene und Kinder
- Vorlage des vollständigen Regionalen Strukturplans Gesundheit
- Radikale Verschlinkung der Verwaltung der Landesgesundheitsagentur
- Ausbau von Geriatrie und Palliativmedizin
- Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Terminvergabesystem in Ambulanzen

In einem Niederösterreich von morgen werden Körper und Seele optimal umsorgt.

11.2. *Pflege*

Die Pflegekräfte in den landeseigenen Spitälern und Pflegeheimen haben mit erhöhtem Einkommen, stabilen Dienstzeiten und optimalem Management ein attraktives Arbeitsumfeld gefunden. Daher sind auch die ausreichenden Ausbildungsplätze in jeder Region besetzt. Niederösterreich hat aus eigener Kraft den Pflegenotstand vor einigen Jahren behoben.

In Österreich werden bis 2030 insgesamt 100.000 neue Pflegekräfte benötigt. Einerseits stehen Pensionierungen an, andererseits hat die Covid-Pandemie lang anstehende Probleme, wie geringe Entlohnung und unattraktive Arbeitszeiten, verstärkt. Pflege betrifft in irgendeiner Art und Weise jede und jeden: Entweder braucht man Pflege oder man betreut und pflegt nahestehende Menschen.

Das größte Pflegepaket der letzten Jahrzehnte in Höhe von 1 Mrd. Euro wurde im Grünen Gesundheitsministerium mit der Pflegereform geschnürt. Das Paket reagiert unter anderem auf die notwendige Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte wie mit Zeitgutschrift für Nachdienste und zusätzlicher Urlaubswoche ab dem 43. Lebensjahr. In der Ausbildung gibt es 600 Euro für ein Praktikumsmonat und für Berufsumsteiger*innen gibt es mindestens 1.400 Euro monatlich.

Eine große finanzielle Erleichterung bringt der Umstand, dass die erhöhte Familienbeihilfe für Menschen mit Behinderungen nicht mehr auf das Pflegegeld angerechnet wird.

Da die größte Last zur Betreuung und auch Pflege in den Familien liegt, gibt es ab Pflegestufe 4 einen Angehörigenbonus in Höhe von 1.500 €/Jahr für Angehörige, die den größten Teil der Pflege zu Hause leisten. Für viele Menschen ist mehr Selbstbestimmung wichtig, daher gibt es erleichterten Zugang zu Pflegekarenz von bis zu 3 Monaten. Und um Pflegenden noch mehr zu unterstützen, werden Pflegekurse und Angehörigengespräche angeboten.

In der Pflege liegen aber viele Kompetenzen beim Land – wie etwa die Pflegeausbildung, Anstellung der Pflegekräfte und Pflegeheime im Allgemeinen. Die Grünen NÖ setzen sich daher auch hier für verbesserte Bedingungen ein. Auf Grüne Initiative hin wurde die sogenannte „Eingangsphase“ abgeschafft, in der Pflegekräfte am Beginn der Berufslaufbahn weniger verdienen.

Die volle Anrechnung von Vordienstzeiten ist genauso ein Anliegen wie die Möglichkeit einer Teilzeitausbildung und dislozierter Ausbildungsplätze. Auch das Land könnte als Arbeitgeber durch eine Gehaltssteigerung von 10 % und einen Angehörigenbonus von 1.000 € weitere Anreize bieten und so die Situation im Land weiter verbessern.

Zur Verbesserung der Situation in den Einrichtungen soll endlich ein verbindlicher Personalschlüssel per Verordnung festgelegt werden.

Pflege für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Attraktivierung von Arbeitsbedingungen und Gehalt
- Verbindliche Personalschlüssel im Langzeitpflegebereich
- Verlässliche Dienstpläne und Freizeitsanspruch
- Arbeitszeitmodelle, um insbesondere älteres Pflegepersonal halten zu können
- Ausbildungsmöglichkeiten für Pflegeassistenten und Pflegefachassistenten in Vollzeit, Teilzeit und berufsbegleitend in jeder Region des Landes
- Höhere Lehreinrichtungen für Pflege und Ausbildungsklassen der Fachhochschulen in allen Gesundheitsregionen
- Stipendien und Existenzsicherung während der Pflegeausbildung
- Anrechnung sämtlicher einschlägiger Ausbildungszeiten bei Jobwechsel

In einem Niederösterreich von morgen erhält man die optimale Pflege von der Geburt weg.

12. FRAUENPOLITIK FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Die Frauenförderprogramme haben endlich gegriffen: Mehr als 50 % Frauenanteil in allen Entscheidungsorganen im Land von Wirtschaft bis zum kleinsten Verein.

Auch wenn Frauen gegenüber Männern die Mehrheit darstellen, gehören sie trotzdem einer unterdrückten Gruppe an. Wir streben eine Gesellschaft an, in der Geschlecht und sexuelle Orientierung keinen Einfluss darauf haben, wie mit Menschen umgegangen wird. Jede Person hat in dieser unserer Gesellschaft mit Respekt und Würde seinen Platz. Jede Person ist gleichberechtigt, denn in Summe sind wir eine Gesellschaft der Minderheitenmehrheit.

Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Frauen müssen in allen Bereichen des Lebens eine Selbstverständlichkeit sein. Das bedeutet, Chancengleichheit im gesellschaftlichen, beruflichen und familiären Leben. Traditionelle Rollenbilder müssen aufgebrochen werden. Noch immer beanspruchen Männer das öffentliche Leben für sich – von der Politik bis zum Vereinsleben. Es ist noch immer nicht selbstverständlich, dass eine Frau Kapellmeisterin ist und der Mann auf die Kinder aufpasst. Die Teilzeitquote liegt bei fast 50 % und Frauen verdienen bei gleicher Arbeit um 14 % weniger. Dadurch ist die Armutsgefährdung von Pensionistinnen deutlich erhöht.

Leider kommt dem Diskriminierungs- und Gewaltschutz noch immer große Bedeutung zu. Es braucht nicht nur mehr Einrichtungen, sondern auch noch mehr Anstrengungen, dass Frauen einen Ausgang aus der häuslichen Gewalt finden.

Rollenbilder werden vorgelebt, daher ist es auch wichtig, bereits in den Bildungseinrichtungen sensibel darauf zu achten, wie sich Kinder verhalten.

Frauen und Gleichberechtigung für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Sanktionen bei Gender-Pay-Gap
- Verpflichtende Frauenquoten bei Führungspositionen und der Besetzung von Aufsichtsrat- und Vorstandsposten der Töchtergesellschaften von Land und Gemeinden
- Gezielte Förderung der Gendermedizin und Frauengesundheit
- Ein Frauenhaus in jeder Region des Landes
- Erhöhung der Basisförderung für Frauenberatungsstellen
- Ausbau der Gewaltprävention und höheres Bewusstsein schaffen für physische, psychische oder sexuelle Gewalt
- Regelmäßiges Erstellen eines NÖ Frauenberichts
- Mehr Beratung und Angebot rund um das Thema Abtreibung

In einem Niederösterreich von morgen gibt es keine Gewalt an Frauen und die gezielte Frauenförderung hat Halbe-Halbe in allen Lebensbereichen erreicht.

13. NICHTDISKRIMINIERUNG FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Auf dem Landhaus weht neben der Landesflagge die Regenbogenfahne. Sie zeigt voller Stolz, dass Niederösterreich für eine liberale Gesellschaft steht, in der jede Person sein darf, wie sie will. Niemand wird diskriminiert

Alle Staatsbürger*innen sind vor dem Gesetz gleich, so steht es in unserer Bundesverfassung.

Wir Grüne stehen für eine liberale Gesellschaft, in der es für jede und jeden ausreichend Entfaltungsmöglichkeiten gibt. Die Regenbogenfarben sind in unserer Partei-DNA.

In Österreich gibt es zwar einen Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund der sexuellen Orientierung. Im privaten Bereich ist das aber nicht der Fall: So kann etwa homo- oder transsexuellen Menschen aufgrund ihrer Sexualität straffrei die Mitnahme im Taxi, die Bedienung in einem Restaurant, der Einlass ins Schwimmbad oder eine Mietwohnung verweigert werden. Geschlecht und Herkunft sind hingegen auch im privaten Bereich geschützt. Dass dieser Diskriminierungsschutz ausgeweitet wird, muss bundesweit durch sogenanntes Levelling-Up erwirkt werden, jedoch ist es auch möglich als Bundesland diesen Diskriminierungen entgegenwirken.

Diskriminierungsschutz und entsprechende Sensibilisierung für diese Themen sind die ersten Schritte für ein solidarisches und offenes Niederösterreich, in der die Gesetze für jede Person gleich sind und jede*r , unabhängig von sexuellen Orientierung diskriminierungsfrei leben kann.

Nichtdiskriminierung für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Förderung von Antidiskriminierungs- und Beratungsstellen
- Gesetzlichen Diskriminierungsschutz in Niederösterreich gesetzlich verankern – „Levelling up“

In einem Niederösterreich von morgen gibt es in keiner Situation eine Diskriminierung einer Person.

14. INKLUSION FÜR MORGEN

In Niederösterreich gibt es nur noch eine Schule für alle Kinder, wo sie je nach Fähigkeiten unterrichtet werden. Die Sonderschule wurde abgeschafft. Mit einem treffsicheren Förderprogramm konnten mehr Jugendliche in Beschäftigung gebracht bzw. aus Werkstätten vermittelt werden. Von der Inklusion profitiert die ganze Gesellschaft.

Wir Grüne stehen für die Inklusion aller Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Menschenrechtskonvention. Das bedeutet Partizipation, also Teilhabe, genauso wie Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen. Beginnend mit der Aufnahme in Kindergärten und Schulen bis zum Arbeitsmarkt. Entsprechende Unterstützungsmaßnahmen müssen in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Es muss noch vieles unternommen werden, damit physische, soziale oder kommunikative Barrieren abgebaut werden.

Kinder mit Behinderungen werden oft nur für wenige Wochenstunden in den Kindergarten aufgenommen. Es steht zu wenig und meist nur unausgebildetes Unterstützungspersonal zur Verfügung. Eltern müssen hohe Kostenzuschüsse leisten. Ein inklusives Bildungssystem ist noch nicht ausreichend umgesetzt. Für manche Behandlungen (z. B. Zahnbehandlungen unter Narkose) müssen

die Betroffenen und Begleitpersonen weite Anreisen auf sich nehmen. Barrierefreiheit ist nicht überall gegeben.

Inklusion für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Gelebte Inklusion in Kindergärten und Schulen
- Gleichberechtigter Bildungszugang - Kinder mit speziellem Förderbedarf werden bestmöglich in den Regelunterricht miteinbezogen
- Pädagogisches und pflegerisches Unterstützungspersonal steht ausreichend zur Verfügung und wird vom Land NÖ finanziert
- Projekt School Nurses
- Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden, Freizeit- und Kultureinrichtungen
- Barrierefreiheit bei den Haltestellen des öffentlichen Verkehrs
- Ansprech- und Unterstützungspersonen für Menschen mit Behinderung in allen Universitäts- und Landeskliniken
- Adäquate Behandlungsmöglichkeiten für schwerst- und mehrfachbehinderte Menschen in den wohnortnahen Landeskliniken
- Ausbau und Zugangserleichterungen für persönliche Assistenz
- Erfüllung der Einstellungsquoten für Menschen mit Behinderung

In einem Niederösterreich von morgen ist die UN-Menschenrechtskonvention vorbildlich umgesetzt.

15. KINDER UND JUGEND FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Im Niederösterreich von morgen hat jedes Kind beste Entfaltungsmöglichkeiten. Das Einkommen der Eltern spielt dabei fast keine Rolle mehr. Mit diversen Vergünstigungen und den günstigen Öffi-Tickets gibt es ein hohes Maß an Selbstbestimmung. In Krisensituationen gibt es nirgends so schnelle, optimale Hilfe wie in unserem Land. Und für noch so kleine Initiativen wie die ersten Konzerte gibt es beste Unterstützung vom Land.

Wir Grüne vertrauen der nächsten Generation und wollen alles unternehmen, dass sie auch eine gute Zukunft hat. Das Engagement der Jugend im Bereich der Klimakrise wie bei der Bewegung „Fridays for future“ ist vorbildlich. Junge Menschen fühlen jenen auf den Zahn, die zu wenig oder gar nichts für das Abwenden der Klimakrise unternehmen. Dabei sollten Jugendliche das Recht haben, eine unbeschwerte Jugendzeit in Geborgenheit zu verbringen.

Wir, die Erwachsenen haben ihnen zur positiven Entwicklung alles angedeihen zu lassen, was sie brauchen.

Kinder brauchen Geborgenheit im familiären Umfeld oder andernfalls institutionelle Einrichtungen für ihre Entwicklung.

Gerade jene Kinder und Jugendliche, die Hilfe der öffentlichen Hand brauchen, erhalten sie derzeit nicht im erforderlichen Ausmaß. Besonders im stationären Bereich ist es dramatisch: zu wenig Krisenplätze und Personal sowie Wohnplätze und Therapiemöglichkeiten, aber auch Betten in Kinder- und Jugendpsychiatrien sind Mangelware.

Ein Bericht der Volksanwaltschaft über Einrichtungen bestätigt die Kritik von den Grünen, dass mit dem neuen Normkostenmodell ein Systemfehler etabliert wurde.

Was aber alle Kinder brauchen, ist die Chancengleichheit bei Bildung, Mobilität und Infrastruktur. Noch immer lässt der Bildungsgrad der Eltern die Zukunftschancen des Kindes voraussagen. Mit günstigen Öffi-Tickets und anderen Vergünstigungen ist der Grad der Selbstbestimmung hoch.

Um eine gewaltfreie Gesellschaft zu stärken, braucht es bereits in den Schulen verbindliche Einheiten. Es soll gelehrt werden, wo Gewalt in der Sprache beginnt, wie Konflikte gemanagt werden und was der gesetzliche Rahmen insbesondere betreffend Opferschutz ist.

Da sich vieles im Leben der Jugendlichen in Social Media abspielt, muss in den Lehrplänen darauf eingegangen werden.

Kinder und Jugend für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Gleiche Chance auf Bildung, Betreuung und Behandlung unabhängig von sozialem Status, Wohnregion, Behinderung oder chronischer Erkrankung
- Studi-Ticket um 79 Euro pro Semester für Niederösterreich
- Förderung von Nachttaxis und Bussen
- Konsumfreie Plätze auch im öffentlichen Raum ermöglichen
- Lehrveranstaltungen zu Social Media und Gewaltfreiheit
- Günstige Startwohnungen
- Wohngemeinschaften statt Jugendheime
- Mehr Plätze in der Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Infopoint Jugend in den Landeskliniken (Sexualität, Drogen, ...)
- Dringender Ausbau der Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und des Projekts School Nurses
- Ausbau der ambulanten, teilstationären und stationären Hilfen und Krisenplätze

- Mehr Personal für Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen und in den Behörden
- Höheres Gehalt für Mitarbeiter:innen in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe wie Sozialpädagog:innen, Sozialarbeiter:innen und andere Berufsgruppen

In einem Niederösterreich von morgen haben jedes Kind und jeder Jugendliche in einer Krisensituation die beste Unterstützung. Selbstbestimmung und jugendliches Lebensgefühl werden gefördert.

16. FAMILIE FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Wer Familie ist, ist im Niederösterreich von morgen selbstbestimmt. Mit dem fixen Platz in einer Kindeereinrichtung ab dem 1. Lebensjahr können Eltern Beruf und Familie besser vereinbaren. Die Familienberatungsstellen sind zu Serviceeinrichtungen ausgebaut worden und helfen durch jede Krise im Familienverband.

Wir Grüne stehen für ein modernes Familienbild und die Gleichstellung aller Lebensformen. Ob Mutter-Vater-Kind-Familien, Patchwork-Familien, Alleinerziehende, Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern – egal welche Form des Zusammenlebens, die Lebensqualität und Existenzsicherung ist für alle Generationen sicherzustellen. Der Schutz der Kinder hat dabei oberste Priorität.

Nach wie vor wirkt sich das Angebot der Kinderbetreuung auf die Vereinbarkeit mit dem Beruf aus. Trifft dies noch immer mehr Frauen als Männer beim Wiedereinstieg in das Berufsleben, haben junge, moderne Männer auch kein Verständnis mehr, wenn ein Kindergarten um 13 Uhr schließt. Rollenbilder in der Familie unterliegen auch einem Wandel und braucht es nachmittags noch eine Tagesmutter, weil die Frau rasch in den Beruf zurück möchte, schmälern die Betreuungsausgaben das Familienbudget.

Im Übrigen sind wir davon überzeugt, dass ausgeweitete Öffnungszeiten neben dem Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel die besten Förderungen für den ländlichen Raum sind. Laut Studien verlassen junge Frauen eher das Dorf.

Die Pandemie nutzten die einen Familien, um enger zusammenzurücken und mehr Zeit miteinander zu verbringen, während in anderen Familien Konflikte zu Tage traten oder eskalierten. Diverse Anlaufstellen für Familien brauchen noch mehr Unterstützung, um Konflikte und psychische Belastungen durch Krisen von außen wie die Pandemie oder Teuerung, oder von innerhalb der Familie wie psychische Erkrankungen, Trennung oder Alkoholmissbrauch bestens begleiten zu können. Es darf keine Scheu oder Scham geben, sich Hilfe zu holen.

Familie für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Selbstverständlichkeit
- Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder und verstärktes Angebot an flexiblen Betreuungsformen
- Recht auf Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr
- Förderung der Väterkarenz in Unternehmen
- Entwicklung von Arbeitszeitmodellen, die auf Care-Arbeit in den Familien Rücksicht nehmen
- Gewaltprävention und adäquate Unterstützung durch die Kinder- und Jugendhilfe
- Forcierung der Community Nurses und mobilen Dienste
- Ausbau der Familienberatung zu Servicestellen

Für ein Niederösterreich von morgen braucht es Kindergartenplätze ab dem 1. Lebensjahr und Familien-Servicestellen in den Bezirken.

17. BILDUNG FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Im Niederösterreich von morgen ist eine neue Zeit der Bildung angebrochen. Es fördert dort, wo Kinder bereits Interessen haben und fokussiert somit auf die Stärken und schwächt die Schwächen ab. Inklusion ist eine Selbstverständlichkeit. Mit der Aufwertung der Lehre kann nicht nur der Fachkräftemangel behoben werden, sondern die Lehre gilt wie die Höhere Schule als Einstieg in ein gutes Berufsleben mit jeder Möglichkeit des Aufstiegs.

Bildung ist das Rüstzeug für die nächsten Generationen, um auf die großen anstehenden Herausforderungen vorbereitet zu sein. Bildung beginnt bereits im Kindergarten, wo sich die Fähigkeiten und Fertigkeiten beim Spielen bereits ablesen lassen. Die Art des Unterrichts, die Lehrpläne und das Selbstverständnis von Bildungseinheiten haben sich in den letzten Jahrzehnten beharrlich geweigert voranzukommen.

Der Trend alles messen zu wollen, führt sogar zu absurden Lehrmethoden, damit Tests wie die PISA-Studie nicht blamabel ausfallen. Wir Grüne vertrauen den kompetenten Pädagog*innen und erwarten uns aber im gleichen Ausmaß, dass der Umstieg aus der Schule in ein anderes Berufsfeld ermöglicht wird. Kinder und Jugendliche haben sich engagierte und motivierte Pädagog*innen verdient, die das Wichtigste mitbringen: Herz und Verständnis für den Nachwuchs. Es geht nicht an, dass ein Dienstrecht darübersteht. Wie in anderen Arbeitswelten sollte ein späterer Einstieg oder Ausstieg möglich sein. Die Anforderungen der Gesellschaft an die Schule sind gestiegen und daher werden Pädagog*innen mehr gefordert als vor Jahrzehnten und müssen auch bessere Anlaufstellen mit Supervision und Coachings erhalten.

17.1. *Kindergarten*

Der Kompetenzdschungel über drei Ebenen macht Bildungspolitik nicht einfacher. Wir Grüne erachten klare Kompetenzen für zielführender – das gilt von der Errichtung der Gebäude bis zum Personal. Da zum Beispiel Kindergartenhelfer*innen von den Gemeinden auf Basis eines Landesgesetzes bezahlt werden, darf die Gemeinde auch bei Personalmangel nicht mit Mehrbezahlung kompensieren, was schlussendlich zu Unterbesetzungen in vielen Kindergärten führt. Die Absenkung des Eintrittsalters auf das 2. Lebensjahr bedeutet nicht nur den Ausbau der Kindergärten, sondern einen enormen Mehrbedarf an Personal. Hätte man dieses Ziel ernsthaft ins Auge gefasst, wäre eine entsprechende Vorlaufzeit notwendig gewesen. Wir haben schon zu Beginn der Legislaturperiode auf diese Notwendigkeiten hingewiesen – ohne Wahl im Blickfeld hat die ÖVP jedoch nicht gehandelt.

Der Schlüssel von maximal 4 Kindern unter 3 Jahren auf eine Kraft und 10 Kindern zwischen 3 und 6 Jahren pro Kraft ist einzuhalten.

Die Öffnungszeiten sind so flexibel zu gestalten, dass beide Elternteile einem Vollzeitberuf nachgehen können.

Kindergarten für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Bessere Arbeitsbedingungen und gerechte Entlohnung des Kindergartenpersonals, sowohl der Pädagog*innen als auch der Helfer*innen
- Mehr Ausbildungsplätze und Attraktivierung des Berufsbildes
- Recht auf Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr
- Mehr Kindergartenhelfer*innen und Supportpersonal
- An das Arbeitsleben angepasste Öffnungszeiten

17.2. *Schulen*

Um Wahlfreiheit zu haben, müssen flächendeckend Ganztagessschulen angeboten werden. Viele Eltern wollen zuhause Familienzeit verbringen und definieren sich nicht als Zweit-Lehrkräfte.

Die Schulen sind in unterschiedlichem Zustand. Gymnasien und Höhere Schulen werden von einer Gesellschaft des Bundes errichtet und betrieben, während für die Neuen Mittelschulen und die Volksschulen das Land mit den Gemeinden zuständig ist. Mit der Pandemie wurde über das Raumklima mehr gesprochen, als dann verbessert wurde. Das Anbringen eines CO2-Messgeräts in der Klasse ist der Mindeststandard.

Schule soll auch auf das Leben vorbereiten: dazu gehört mehr Wissen über Nutztiere und Haustiere wie dem Hund, über Lebensmittel, Gewaltfreiheit und Social Media. Die Lehrpläne sollten auch mehr Freiraum geben, um auf spezielle Interessen in der Gruppe einzugehen. Als Wahlfach sollte jedenfalls Gebärdensprache angeboten werden.

Schule für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Mental-Health-Angebot niederösterreichweit ausbauen – jede*r Schüler*in bekommt Chance auf mentalen Support
- Ausbau von Ganztagssschulen als zusätzliche Wahlmöglichkeit
- Lehreinheiten über Social Media, Gewaltfreiheit, Besuch eines Bauernhofes
- Gebärdensprache als Wahlfach
- Intensive Förderprogramme in der Volksschule, wenn Deutsch nicht zuhause gesprochen wird
- Ausstattung für Klassen endlich ins 21. Jahrhundert bringen
- Schulgebäude auf neueste Klima-Standards bringen, Lüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung für bessere Luft in den Klassenzimmern, CO2-Messgeräte
- Mehr Supervision und Coaching für Pädagog*innen

17.3. *Lehre*

Das duale Ausbildungssystem ist durch die Möglichkeit der Reifeprüfung (Matura) aufgewertet worden. Das war eine lange Forderung der Grünen. Damit aber noch mehr davon Gebrauch machen, ist die Mehrfachbelastung abzuändern. Mit den Angeboten an den Fachhochschulen steht nach Lehrabschluss der höhere Bildungsweg weit offen.

Um auch mehr Geschlechtergerechtigkeit in die Auswahl der Berufe zu bringen, sollten ein Mindestlohn im ersten Lehrjahr mit 750 € Mindestlohn für alle Branchen festgelegt werden. Ziel muss eine Koppelung an die Kollektivverträge sein. Es kann nicht sein, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen so groß sind – beginnend beim ersten Lehrjahr. Damit würde auch der Unterschied zwischen männlich und weiblich dominierten Branchen ausgeglichen werden.

Lehre für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Mindestlohn von 1.000 € im 1. Lehrjahr in allen Branchen
- Flächendeckende Berufsberatung in der Unterstufe, damit im 14. Lebensjahr Klarheit über Kompetenzen, Interessen und Fähigkeiten besteht
- Gratis-Ausbildung vom Internat bis zur Meisterprüfung
- Lehre mit Matura vereinfachen – keine Dreifachbelastung (Maturakurs, Lehre, Arbeitszeit) und Freistellung für Prüfungsvorbereitung

17.4. *Universitäten & Fachhochschulen (FH)*

Universitäten und Fachhochschulen für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Eine Pflege-FH in jedem Viertel umsetzen: Baden, Zwettl, Hollabrunn, Bildungscampus Mostviertel
- Grüne Hochschulen: Alle Einrichtungen in Niederösterreich werden unterstützt, um bis 2030 klimaneutral zu werden
- Aufstockung von Studienplätzen in Zukunftsberufen, Gesundheitsberufen
- Forschungsschwerpunkte für Zukunftsbereiche (regenerative Landwirtschaft, Klimatechnologien) schaffen bzw. weiter ausbauen

Für das Niederösterreich von morgen muss das alte Denken raus aus der Bildungspolitik und frischer Wind rein.

18. KULTUR UND SPORT FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Im Niederösterreich von morgen werden Kultur und Kunst großgeschrieben und das Prinzip „Der Kunst ihre Freiheit“ wird eingehalten. Nichts vermag Gesellschaft weiterzuentwickeln, wie Kunst und Kultur. In Ergänzung dazu halten sich die Menschen mit vielfältigem Angebot von Breitensport bis Spitzensport fit. Niederösterreich hat als erstes Land E-Sports gefördert.

18.1. *Kunst & Kultur*

Kultur steht für Vielfalt. Der Kulturbericht des Landes Niederösterreichs hält dies jährlich fest. Unzählige kleine Festivals und Kunstinitiativen in den Gemeinden stehen für das Selbstverständnis der Menschen, Kunst und Kultur als Lebensmittel zu brauchen. Darüber hinaus macht die Kulturwirtschaft einen beachtlichen Teil der regionalen Wertschöpfung aus.

Auch als kritische Opposition im Landtag haben wir stets dem Kulturbudget die Zustimmung erteilt, denn die großen Weichen sind richtiggestellt. Niederösterreich schafft Räume für Bereiche von Volkskultur bis fordernde zeitgenössische Kunst und sogar Initiativen wie „Green Films“.

Kunst & Kultur für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Frauen und feministische Kunst fördern
- Künstler*en in prekären Einkommensverhältnissen erhalten soziale Grundsicherung
- Förderungen langfristig, transparent, nachvollziehbar und chancengleich gestalten

Im Niederösterreich von morgen gibt es weiterhin viele Kulturinitiativen, die in ausreichender und transparenter Form langfristig gefördert werden.

18.2. *Sport*

Von Leistungssport bis zum Breitensport muss das Land Niederösterreich seine Zuständigkeit ernst nehmen. Auch hier wird jährlich transparent und nachvollziehbar ein jährlicher Bericht dem Landtag zum Beschluss vorgelegt. Inhalt und Vorgehensweise erhalten auch jährlich die Zustimmung von den Grünen. Hinkünftig soll gesellschaftlichen Veränderungen im Sport Rechnung getragen werden – E-Sports ist vollwertig anerkannte Sportart.

Sport für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Tägliche Bewegungseinheit an allen Schulen und Kindergärten umsetzen
- E-Sports als vollwertige Sportart anerkennen
- Mehr Geschlechtergerechtigkeit und Schutz vor sexualisierter Gewalt im Sport

Im Niederösterreich von morgen nimmt der Sport gesellschaftliche Veränderungen als Chance auf und entfaltet sich frei und unter Wahrung größtmöglicher Chancengleichheit.

19. VERTREIBUNG & INTEGRATION UND EUROPA FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Das Niederösterreich von morgen hat neben dem Erstaufnahmezentrum Traiskirchen seine Quote selbstverständlich erfüllt. Stacheldraht um Asylquartiere gehören der Vergangenheit an. Menschen mit Asylstatus werden bestens bei der Integration unterstützt, um rasch existenzhaltenden Berufen nachgehen zu können. Niederösterreich ist zu einer verlässlichen europäischen Partnerregion geworden und bringt sich aktiv bei Einhaltung und Ausweitung der Sanktionen gegen Putins Russland ein.

19.1. *Vertreibung & Integration*

Wir Grüne sehen Niederösterreich als ehemaliges Grenzland am Eisernen Vorhang im Herzen Europas und wollen die Chance als ein weltoffenes und modernes Bundesland nützen. In Niederösterreich hat der Mensch zu zählen und sonst nichts. Erstsprache und Nationalität treten in den Hintergrund. Es zählen der Respekt voreinander und das Einhalten unserer Gesetze. Erhalten Menschen einen positiven Asylstatus, dann sind sie zielstrebig als bisher bei der Berufsintegration und beim Erwerb der Sprache zu unterstützen. Insbesondere Kinder und Jugendliche brauchen intensiven Förderunterricht. Wir Grüne wollen unser Land voranbringen und Ausgrenzungen, Hass und Rassismus keine Chance geben. Wir wollen ein respektvolles, vielfältiges und friedliches Zusammenleben.

Vertreibung & Integration für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Niederösterreich muss seine Quote für die Unterbringung geflüchteter Menschen erfüllen
- Menschenrechtsverträgliche Unterbringungen von Vertriebenen
- Psychologische Betreuung von Menschen aus Kriegsgebieten sicherstellen
- Ein flächendeckendes Angebot und einfache Zugänglichkeit für Deutsch-Kurse mit Kinderbetreuung in ganz Niederösterreich
- Anerkennung erworbener Qualifikationen und rasche Integration in den Arbeitsmarkt
- Keine Diskriminierung und Ausgrenzung am Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt und im Bildungsbereich

Für ein Niederösterreich von morgen braucht es ein Regierungsmittglied, das Brücken baut und Heimat gibt, statt Stachelzäune zu errichten.

19.2. *Europapolitik*

Eine aktive europäische Außen- und Friedenspolitik bekämpft Fluchtursachen. Viele große Fluchtbewegungen der jüngeren Vergangenheit – infolge des Syrien-Kriegs, des Ukraine-Kriegs und durch eine Verknappung der Nahrungsmittel – sind direkt oder indirekt durch die Politik von Vladimir Putin angetrieben worden. Im eigenen Wirkungsbereich muss sich Niederösterreich für liberale Demokratien in Europa und für Menschenrechte einsetzen. Niederösterreich darf bei der Europäischen Strategie gegen Putin auf Basis von Sanktionen nicht wanken, sondern muss Rückgrat zeigen.

Europapolitik für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Aktives Entgegenwirken von Fluchtursachen, insbesondere Hungersnöte
- Unterstützung der Ukraine bei der Bewältigung der Kriegsfolgen sicherstellen
- Bedeutung der Europäischen Union als Zusammenschluss für Frieden, Freiheit und Sicherheit auch in der Niederösterreichischen Tagespolitik sichtbar machen

Für ein Niederösterreich von morgen braucht es Rückgrat im Auftreten gegen Angriffe auf europäische Werte und daher klares Bekennen zu den Sanktionen gegen Russland.

20. DIGITALISIERUNG FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Jeder Haushalt im Niederösterreich von morgen ist auf dem Daten-Highway via Breitband erreichbar. Das hat Betriebe in die Regionen bringen lassen und ermöglicht in jeder Branche Homeoffice-Tage. In Niederösterreich kann jeder Behördenweg bequem von einem Endgerät aus erledigt werden.

Das digitale Niederösterreich von morgen bietet neue Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft. Neue Produktionsformen bringen Wertschöpfungsketten nach Europa und Niederösterreich zurück. Die Voraussetzungen dafür müssen in Niederösterreich endlich geschaffen werden: eine Versorgung mit sicherer, erneuerbarer Energie und eine wettbewerbsfähige Breitband-Infrastruktur.

Eine enorme Erleichterung für Bürger*innen wird es sein, wenn die Verwaltung digital wird und sämtliche Behördenwege künftig mit der ID Austria erledigt werden können. Niederösterreich muss jetzt rascher den Ausbau vorantreiben.

Digitalisierung für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Leistungsfähiges Breitband für jeden Haushalt und in allen öffentlichen Verkehrsmitteln in ganz NÖ (Einhaltung der EU-Ziele zur digitalen Agenda)
- Digitale Behördenwege
- Stärkung der digitalen Kompetenz, insbesondere auch die kritische Auseinandersetzung mit digitalen Medien in Aus- und Weiterbildung verankern
- Forschungsschwerpunkt Informations- und Kommunikationstechnologie mit Fokus auf Sicherheitsfragen, Fokussierung von Forschungsressourcen

Für das Niederösterreich von morgen müssen der Rhetorik für mehr Digitalisierung endlich die Taten für einen zukunftsfähigen, digitalen Standort folgen.

21. KONTROLLE & FINANZEN FÜR MORGEN

Unsere Vision Für Morgen:

Kontrolle und Transparenz sind die besten Schutzschilder gegen Korruption und Steuerbetrug. Die Skandale der letzten Jahre müssen zur Folge haben, dass alle alles unternehmen, um das Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen.

21.1. *Kontrolle*

Nach Jahrzehnten der Dominanz der ÖVP hat sich im Niederösterreich von morgen eine Mehrheit finden können, die die parlamentarischen Rechte der Minderheiten zeitgemäß ausgestaltet. Hinzu kommt maximale Transparenz für Parteien und mehr Prüfkompetenz für die Rechnungshöfe.

Der Landtag hat Budgethoheit und Kontrolle gegenüber der Regierung auszuüben. Eine moderne Demokratie ist an der Anzahl und Ausprägung der Kontrollinstrumente zu messen: Das beginnt bei der Ausstattung des Kontrollorgans des Landtags, dem Landesrechnungshof und endet bei der Qualität der Beantwortung von parlamentarischen Anfragen der Abgeordneten an die Regierungsmitglieder. In Niederösterreich gibt es noch genug Potential zur Stärkung der Rechte von parlamentarischen Minderheiten wie etwa, dass der Vorsitz im Rechnungshofausschuss von keiner Regierungspartei eingenommen werden soll oder, dass 2 Mandatar*innen eigenständige Anträge einbringen können.

Auf Bundesebene wurde das Parteiengesetz auf „gläserne Parteikassen“ abgestimmt und in Niederösterreich wurden dementsprechende Transparenzvorschläge von den Regierungsparteien abgelehnt.

Dass der Rechnungshof bzw. der Landesrechnungshof juristische Personen wie Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung prüfen darf, muss ab einer öffentlichen Beteiligung von 25 % möglich sein. Das ist wichtig, denn derzeit darf am Flughafen Wien nicht geprüft werden, obwohl Wien und Niederösterreich gemeinsam 40 % halten.

Kontrolle für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Ausweitung der Prüfkompetenz des RH auf alle Unternehmen mit Beteiligung der öffentlichen Hand ab 25 %
- Transparente Parteienfinanzierung
- Veröffentlichung aller von der Landesregierung beauftragten Studien und Gutachten
- Verbesserte Rechte für parlamentarische Minderheiten

In einem Niederösterreich von morgen werden Transparenz und Minderheitenrechte einer modernen Demokratie angepasst.

21.2. *Finanzen*

Im Geiste der ökosozialen Steuerreform, dass ökologisch richtiges Handeln belohnt wird und anderes bestraft, wurden die Landesabgaben angepasst.

Seit den 1980er-Jahren haben Neoliberale allerorts den „schlanken Staat“ als politisches Ziel ausgemacht. Die Steuer- und Abgabenquote wurde nicht als Handlungsspielraum für das Gesundheits- und Bildungswesen, den öffentlichen Verkehr und die Wirtschaftsförderung und alle wichtigen Handlungsfelder eines „starken Staates“ angesehen, sondern als politischer Feind. In Österreich wurde ab 2000 unter schwarz-blau diese Art „Polit-Religion“ ausgerufen, die die internationalen Konzerne anbietet, statt den Menschen im Land zu dienen.

Was ein „starker“ handlungsfähiger Staat imstande ist zu leisten, wurde mit den Krisen der jüngsten Vergangenheit erlebbar: Pandemie und Gaskrise durch den Krieg in der Ukraine. Dort, wo die liberalen Märkte weit weg von der Politik sind, wie die Energiemärkte, ist es ein weiter Weg, das Primat des Handelns zurückzuerobern. Das ist aber erklärtes Ziel der EU-Staaten zum Wohle der Menschen.

So ist es Kernaufgabe eines modernen Staates nicht nur mit den Einnahmen durch Steuern und Abgaben den sozialen Ausgleich zu verfolgen, sondern in Zeiten der Klimakrise die ökologische Komponente einzuflechten. Warum dies so wichtig ist, hat uns die aktuelle Gaskrise vor Augen geführt: Die Teuerung trifft die einkommensschwachen Haushalte als erstes. Umso unverständlicher, dass die Sozialdemokratie den Zusammenhang bis heute gerne ausblendet.

Jedenfalls geistern Modelle von einer Ökosozialen Steuerreform, die ökologisch sinnvolles Handeln belohnt und widersinniges bestraft, schon seit Jahrzehnten durch die Fachliteratur. Mit dieser Bundesregierung ist sie endlich aus der Taufe gehoben worden. Die Eckpunkte dabei sind: die CO₂-Bepreisung und im Gegenzug der Klimabonus für jede Bürger*in sowie sauberes Heizen für alle. Die CO₂-Bepreisung geht ab 2025 mit Deutschland im Gleichschritt, was mit 55 Euro je Tonne für den gemeinsamen Wirtschaftsraum wichtig ist. Europaweit einzigartig ist: Jeder Euro, der durch den CO₂-Preis eingenommen wird, kommt zurück zu den Menschen und Unternehmen in Österreich. Die gesamten Einnahmen werden so rückvergütet, dass sich klimafreundliches Verhalten und klimafreundliche Produktion auszahlen. Bis zu 200 Euro kann der Klimabonus pro Jahr ausfallen, wobei er dieses Jahr aufgrund der Krise für alle 250 Euro betrug und extra 250 Euro gegen die Teuerung hinzugefügt wurden. Von Jung bis Alt profitiert jede*r von der ökosozialen Steuerreform.

Da bei Nicht-Einhaltung der Klimaziele mit dem Abkommen von Paris Milliarden Euro an Strafzahlungen für Österreich drohen, zahlt sich die Reform jedenfalls doppelt aus. Und weil eine Tonne CO₂ schwer vorstellbar ist: Um eine Tonne CO₂ aus der Luft zu filtern, müssen 80 großgewachsene Buchen ein Jahr lang arbeiten.

Eine wesentliche Säule zur Entlastung der Menschen ist die Reform der Einkommenssteuer. So werden viele Arbeitnehmer*innen, Pensionist*innen, Selbstständige oder Land- und Forstwirt*innen 2022 weniger Einkommenssteuer zahlen – dafür werden die zweite und dritte Tarifstufe der Einkommenssteuer abgesenkt. Die zweite Tarifstufe bei der Einkommenssteuer wird ab 1. Juli 2022 von 35 Prozent auf 30 Prozent gesenkt. Das entlastet Menschen mit einem Einkommen bis zu einer Höhe von rund 2.590 Euro im Monat. Ab 1. Juli 2023 wird auch die dritte Tarifstufe bei der Einkommenssteuer gesenkt werden, nämlich von 42 auf 40 Prozent. Das betrifft Einkommen bis zu einer Höhe von rund 5.000 Euro im Monat.

Beispiel dazu: Ein*e Altenpfleger*in mit 2.060 Euro im Monat bleiben nach der Entlastung durch die Steuerreform im Jahr 297 Euro mehr vom Gehalt. Bei einer*m Tischler*in mit einem Gehalt von 2.400 Euro im Monat sind es 478 Euro mehr.

Was im Kampf gegen die Kinderarmut hilft, ist der Kindermehrbetrag, der von 250 auf 450 Euro angehoben wird. Mehr Familien haben auch Zugang zu diesem Bonus.

Finanzen für morgen – einige Notwendigkeiten:

- Landesabgaben auf Öko-Prüfstand geben und Landschaftsabgabe erhöhen (Schotter-Euro)
- Leerstandsabgabe auf Wohnräume und gewerbliche Liegenschaften
- Abgabe auf Zweitwohnsitze – 60 % der Bundesertragsanteile pro Kopf der Gemeinde

In einem Niederösterreich von morgen wird der Pfad der ökosozialen Steuerreform auf alle Landesabgaben übertragen.